

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes **zum Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung** **und zum Protokoll IV vom 13. Oktober 1995** **zum VN-Waffenübereinkommen**

A. Zielsetzung

Das Protokoll II zum VN-Waffenübereinkommen wurde in seiner geänderten Fassung am 3. Mai 1996 von den Teilnehmerstaaten der Überprüfungskonferenz zum VN-Waffenübereinkommen, darunter die Bundesrepublik Deutschland, verabschiedet. Es umfaßt verschärfte Einsatz- und Exportbestimmungen sowie Verbote, insbesondere für Antipersonenminen. Nichtdetektierbare Antipersonenminen sind künftig verboten. Der Geltungsbereich des Protokolls wird auf innerstaatliche bewaffnete Konflikte ausgedehnt. Verstöße gegen die Bestimmungen des Protokolls werden strafrechtlich geahndet. Damit wird der Schutz der Zivilbevölkerung bedeutend verbessert.

Das neue Protokoll IV zum VN-Waffenübereinkommen wurde am 13. Oktober 1995 von den Teilnehmerstaaten der Überprüfungskonferenz zum VN-Waffenübereinkommen, darunter die Bundesrepublik Deutschland, verabschiedet. Es verbietet den Einsatz blindmachender Laserwaffen. Mit seinem Inkrafttreten wird erstmals eine gesamte Waffenkategorie noch vor ihrem Einsatz verboten.

B. Lösung

Ratifizierung des Protokolls II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung und des Protokolls IV zum VN-Waffenübereinkommen.

Voraussetzung für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden ist nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes die Mitwirkung der

Fristablauf: 31. 01. 97

gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes, da das den Protokollen zugrundeliegende Rahmenübereinkommen (VN-Waffenübereinkommen) sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand sind durch das Gesetz nicht zu erwarten.

2. Vollzugaufwand

Dem Bundesministerium der Verteidigung entstehen durch das Gesetz geringe Kosten im Zusammenhang mit der Änderung von Dienstvorschriften. Die durch die jährlich routinemäßig durchzuführenden Konsultationskonferenzen der Vertragsstaaten entstehenden Kosten werden anteilmäßig entsprechend dem angepaßten Beitragsschlüssel der Vereinten Nationen umgelegt. Die genauen Kosten dafür können z. Zt. noch nicht beziffert werden.

Länder und Gemeinden werden durch das Gesetz nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und auf das Preisniveau sind nicht zu erwarten.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft oder für soziale Sicherungssysteme entstehen voraussichtlich nicht.

20. 12. 96

AA – In

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zum Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung
und zum Protokoll IV vom 13. Oktober 1995
zum VN-Waffenübereinkommen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (212) – 310 50 – Ve 72/96

Bonn, den 20. Dezember 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zum Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung und zum Protokoll IV vom 13. Oktober 1995 zum VN-Waffenübereinkommen

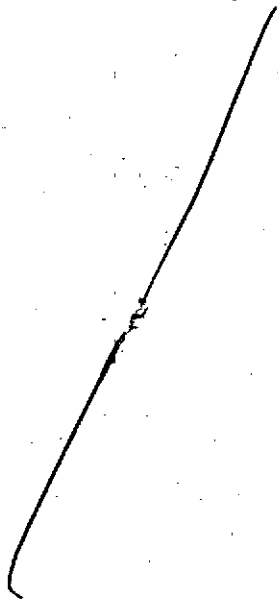
mit Begründung und Vorblatt.

Die Vorlage ist vom Auswärtigen Amt und vom Bundesministerium der Verteidigung gemeinsam erstellt worden.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 31. 01. 97

969/96



Entwurf**Gesetz
zum Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung
und zum Protokoll IV vom 13. Oktober 1995
zum VN-Waffenübereinkommen****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem von der Überprüfungskonferenz zum VN-Waffenübereinkommen in Genf am 3. Mai 1996 angenommenen Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung (Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung) zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können,
2. dem von der Überprüfungskonferenz zum VN-Waffenübereinkommen in Wien am 13. Oktober 1995 angenommenen Protokoll über blindmachende Laserwaffen (Protokoll IV) zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können.

Die Protokolle werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Die Tage, an denen die beiden Protokolle für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Allgemeines

Gegenstand des VN-Waffenübereinkommens, das von der Bundesrepublik Deutschland am 10. April 1981 in New York unterzeichnet und am 25. November 1992 ratifiziert wurde, sind Normen des in bewaffneten Konflikten anzuwendenden humanitären Völkerrechts, die auch rüstungskontrollpolitische Bedeutung haben.

Das Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung umfaßt verschärfte Einsatz- und Exportbestimmungen sowie Verbote, insbesondere für Antipersonenminen. Damit wird der Schutz der Zivilbevölkerung bedeutend verbessert. Die Bundesregierung ist im Kampf gegen Antipersonenminen besonders engagiert und fordert deren weltweite Ächtung.

Das neue Protokoll über blindmachende Laserwaffen verbietet erstmals in der Völkerrechtsgeschichte eine gesamte neue Waffenkategorie noch vor ihrem Einsatz.

Mit der Ratifizierung beider Protokolle strebt die Bundesregierung auch eine Stärkung des humanitären Völkerrechts an.

Zu Artikel 1

Auf die Protokolle findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da das ihnen zugrundeliegende Übereinkommen sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 sind die Zeitpunkte, an denen das Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung und das Protokoll IV zum VN-Waffenübereinkommen von 1980 in Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Kosten

Dem Bundesministerium der Verteidigung werden durch das Inkrafttreten des Gesetzes geringfügige Kosten u. a. im Zusammenhang mit der Änderung von Dienstvorschriften entstehen, die aus dem Einzelplan 14 gedeckt werden.

Die durch die jährlich routinemäßig durchzuführenden Konsultationskonferenzen (Anlage 4; Artikel 13 Abs. 5) entstehenden Kosten werden anteilmäßig entsprechend dem angepaßten Beitragsschlüssel der Vereinten Nationen umgelegt. Die Kosten können zur Zeit noch nicht genau beziffert werden.

Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Durch das Zustimmungsgesetz entstehen den Wirtschaftsunternehmen, insbesondere mittelständischen Unternehmen, keine Kosten.

Sonstige Auswirkungen

Auswirkungen auf die Umwelt und den Verkehr oder Folgen von frauenpolitischer Bedeutung sind nicht zu erwarten.

Protokoll
über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen,
Sprengfallen und anderen Vorrichtungen
in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung
(Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung)
zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980
über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen,
die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können

Protocol
on Prohibitions or Restrictions on the Use of Mines,
Booby-Traps and Other Devices
as Amended on 3 May 1996
(Protocol II as amended on 3 May 1996)
Annexed to the Convention
on Prohibitions or Restrictions on the Use
of Certain Conventional Weapons Which May Be Deemed
to Be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Effects

Protocole
sur l'interdiction ou la limitation de l'emploi des mines,
pièges et autres dispositifs,
tel qu'il a été modifié le 3 mai 1996
(Protocole II, tel qu'il a été modifié le 3 mai 1996),
annexé à la Convention
sur l'interdiction ou la limitation de l'emploi
de certaines armes classiques
qui peuvent être considérées comme produisant
des effets traumatiques excessifs
ou comme frappant sans discrimination

(Übersetzung)

Article 1**Amended Protocol**

The Protocol on Prohibitions or Restrictions on the Use of Mines, Booby-Traps and Other Devices (Protocol II), annexed to the Convention on Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons Which May Be Deemed to Be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Effects ("the Convention") is hereby amended.

The text of the amended Protocol shall read as follows:

"Protocol
on Prohibitions or Restrictions
on the Use of Mines,
Booby-Traps and Other Devices
as Amended on 3 May 1996
(Protocol II as amended
on 3 May 1996)

Article 1**Scope of application**

1. This Protocol relates to the use on land of the mines, booby-traps and other devices, defined herein, including mines

Article premier**Protocole modifié**

Le Protocole sur l'interdiction ou la limitation de l'emploi des mines, pièges et autres dispositifs (Protocole II), annexé à la Convention sur l'interdiction ou la limitation de l'emploi de certaines armes classiques qui peuvent être considérées comme produisant des effets traumatiques excessifs ou comme frappant sans discrimination («la Convention») est modifié comme indiqué ci-après.

Le texte du Protocole tel qu'il a été modifié est le suivant:

«Protocole
sur l'interdiction ou la limitation
de l'emploi des mines,
pièges et autres dispositifs, tel qu'il a
été modifié le 3 mai 1996
(Protocole II, tel qu'il
a été modifié le 3 mai 1996)

Article premier**Champ d'application**

1. Le présent Protocole a trait à l'utilisation sur terre des mines, pièges et autres dispositifs définis ci-après, y compris les

Artikel 1**Geändertes Protokoll**

Das Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen (Protokoll II) zu dem Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) wird hiermit geändert.

Das Protokoll in seiner geänderten Fassung erhält folgenden Wortlaut:

„Protokoll
über das Verbot oder die Beschränkung
des Einsatzes von Minen,
Sprengfallen und anderen Vorrichtungen
in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung
(Protokoll II in der
am 3. Mai 1996 geänderten Fassung)

Artikel 1**Anwendungsbereich**

(1) Dieses Protokoll bezieht sich auf den Einsatz zu Land der hierin definierten Minen, Sprengfallen und anderen Vorrich-

laid to interdict beaches, waterway crossings or river crossings, but does not apply to the use of anti-ship mines at sea or in inland waterways.

2. This Protocol shall apply, in addition to situations referred to in Article 1 of this Convention, to situations referred to in Article 3 common to the Geneva Conventions of 12 August 1949. This Protocol shall not apply to situations of internal disturbances and tensions, such as riots, isolated and sporadic acts of violence and other acts of a similar nature, as not being armed conflicts.

3. In case of armed conflicts not of an international character occurring in the territory of one of the High Contracting Parties, each party to the conflict shall be bound to apply the prohibitions and restrictions of this Protocol.

4. Nothing in this Protocol shall be invoked for the purpose of affecting the sovereignty of a State or the responsibility of the Government, by all legitimate means, to maintain or re-establish law and order in the State or to defend the national unity and territorial integrity of the State.

5. Nothing in this Protocol shall be invoked as a justification for intervening, directly or indirectly, for any reason whatever, in the armed conflict or in the internal or external affairs of the High Contracting Party in the territory of which that conflict occurs.

6. The application of the provisions of this Protocol to parties to a conflict, which are not High Contracting Parties that have accepted this Protocol, shall not change their legal status or the legal status of a disputed territory, either explicitly or implicitly.

mines posées pour interdire l'accès de plages où la traversée de voies navigables ou de cours d'eau, mais ne s'applique pas aux mines antinavires utilisées en mer ou dans les voies de navigation intérieures.

2. Le présent Protocole s'applique, en plus des situations visées à l'article premier de la présente Convention, aux situations visées à l'article 3 commun aux Conventions de Genève du 12 août 1949. Le présent Protocole ne s'applique pas aux situations de tensions et de troubles intérieurs, telles que émeutes, actes de violence isolés et sporadiques et autres actes de caractère similaire, qui ne sont pas des conflits armés.

3. Dans le cas de conflits armés qui ne revêtent pas un caractère international et se produisent sur le territoire de l'une des Hautes Parties contractantes, chaque partie au conflit est tenue d'appliquer les interdictions et restrictions prévues par le présent Protocole.

4. Aucune disposition du présent Protocole n'est invoquée pour porter atteinte à la souveraineté d'un Etat ou à la responsabilité qu'a le gouvernement, par tous les moyens légitimes, de maintenir ou de rétablir l'ordre public dans l'Etat ou de défendre l'unité nationale et l'intégrité territoriale de l'Etat.

5. Aucune disposition du présent Protocole n'est invoquée pour justifier une intervention, directe ou indirecte, pour quelque raison que ce soit, dans le conflit armé ou dans les affaires intérieures ou extérieures de la Haute Partie contractante sur le territoire de laquelle ce conflit se produit.

6. L'application des dispositions du présent Protocole à des parties à un conflit qui ne sont pas de Hautes Parties contractantes ayant accepté le présent Protocole ne modifie ni explicitement ni implicitement leur statut juridique ni celui d'un territoire contesté.

tungen, einschließlich der zum Sperren von Stränden, Gewässer- oder Flußübergängen gelegten Minen; es findet jedoch keine Anwendung auf den Einsatz von Minen gegen Schiffe auf See oder auf Binnenwasserstraßen.

(2) Dieses Protokoll findet neben den in Artikel 1 des Übereinkommens bezeichneten Situationen auf die in dem den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 gemeinsamen Artikel 3 bezeichneten Situationen Anwendung. Es findet keine Anwendung auf Situationen innerer Unruhen und Spannungen wie Tumulte, vereinzelt und sporadisch auftretende Gewalttaten und sonstige Handlungen ähnlicher Art, die nicht als bewaffnete Konflikte gelten.

(3) Im Fall eines bewaffneten Konflikts, der keinen internationalen Charakter hat und sich im Hoheitsgebiet einer der Hohen Vertragsparteien ereignet, ist jede der am Konflikt beteiligten Parteien verpflichtet, die Verbote und Beschränkungen dieses Protokolls anzuwenden.

(4) Dieses Protokoll darf nicht zur Beeinträchtigung der Souveränität eines Staates oder der Verantwortung der Regierung herangezogen werden, mit allen rechtmäßigen Mitteln die öffentliche Ordnung im Staat aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen oder die nationale Einheit und territoriale Unversehrtheit des Staates zu verteidigen.

(5) Dieses Protokoll darf nicht zur Rechtfertigung einer wie auch immer begründeten unmittelbaren oder mittelbaren Einmischung in den bewaffneten Konflikt oder in die inneren oder äußeren Angelegenheiten der Hohen Vertragspartei herangezogen werden, in deren Hoheitsgebiet dieser Konflikt stattfindet.

(6) Die Anwendung dieses Protokolls auf die an einem Konflikt beteiligten Parteien, die nicht Hohe Vertragsparteien sind, welche das vorliegende Protokoll angenommen haben, ändert weder ausdrücklich noch stillschweigend ihre Rechtsstellung oder die Rechtsstellung eines umstrittenen Gebiets.

Article 2

Definitions

For the purpose of this Protocol:

1. "Mine" means a munition placed under, on or near the ground or other surface area and designed to be exploded by the presence, proximity or contact of a person or vehicle.
2. "Remotely-delivered mine" means a mine not directly emplaced but delivered by artillery, missile, rocket, mortar, or similar means, or dropped from an aircraft. Mines delivered from a land-based system from less than 500 metres are not considered to be "remotely delivered", provided that they are used in accordance with Art-

Article 2

Définitions

Aux fins du présent Protocole, on entend:

1. Par «mine», un engin placé sous ou sur le sol ou une autre surface, ou à proximité, et conçu pour exploser du fait de la présence, de la proximité ou du contact d'une personne ou d'un véhicule.
2. Par «mine mise en place à distance», une mine qui n'est pas directement mise en place, mais qui est lancée par une pièce d'artillerie, un missile, un lance-roquettes, un mortier ou un engin similaire, ou larguée d'un aéronef. Les mines lancées à moins de 500 mètres par un système basé à terre ne sont pas considérées comme

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls

1. bedeutet „Mine“ ein unter, auf oder nahe dem Erdboden oder einer anderen Oberfläche angebrachtes Kampfmittel, das dazu bestimmt ist, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung einer Person oder eines Fahrzeugs zur Explosion gebracht zu werden;
2. bedeutet „fernverlegte Mine“ eine Mine, die nicht unmittelbar an Ort und Stelle angebracht, sondern durch Artilleriegeschütz, Flugkörper, Rakete, Granatwerfer oder ein ähnliches Mittel verlegt oder aus einem Luftfahrzeug abgeworfen wird. Von einem landgestützten Waffensystem aus einer Entfernung von weniger als 500 Metern

Article 5 and other relevant Articles of this Protocol.

3. "Anti-personnel mine" means a mine primarily designed to be exploded by the presence, proximity or contact of a person and that will incapacitate, injure or kill one or more persons.
 4. "Booby-trap" means any device or material which is designed, constructed, or adapted to kill or injure, and which functions unexpectedly when a person disturbs or approaches an apparently harmless object or performs an apparently safe act.
 5. "Other devices" means manually-emplaced munitions and devices including improvised explosive devices designed to kill, injure or damage and which are actuated manually, by remote control or automatically after a lapse of time.
 6. "Military objective" means, so far as objects are concerned, any object which by its nature, location, purpose or use makes an effective contribution to military action and whose total or partial destruction, capture or neutralization, in the circumstances ruling at the time, offers a definite military advantage.
 7. "Civilian objects" are all objects which are not military objectives as defined in paragraph 6 of this Article.
 8. "Minefield" is a defined area in which mines have been emplaced and "mined area" is an area which is dangerous due to the presence of mines. "Phoney minefield" means an area free of mines that simulates a minefield. The term "minefield" includes phoney minefields.
 9. "Recording" means a physical, administrative and technical operation designed to obtain, for the purpose of registration in official records, all available information facilitating the location of minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices.
 10. "Self-destruction mechanism" means an incorporated or externally attached automatically-functioning mechanism which secures the destruction of the
- étant «mises en place à distance», à condition qu'elles soient utilisées conformément à l'article 5 et aux autres articles pertinents du présent Protocole.
 3. Par «mine antipersonnel», une mine principalement conçue pour exploser du fait de la présence, de la proximité ou du contact d'une personne et destinée à mettre hors de combat, blesser ou tuer une ou plusieurs personnes.
 4. Par «piège», tout dispositif ou matériel qui est conçu, construit ou adapté pour tuer ou blesser et qui fonctionne à l'improviste quand on déplace un objet en apparence inoffensif ou qu'on s'en approche, ou qu'on se livre à un acte apparemment sans danger.
 5. Par «autres dispositifs», des engins et dispositifs mis en place à la main, y compris des dispositifs explosifs improvisés, conçus pour tuer, blesser ou endommager et qui sont déclenchés à la main, par commande à distance ou automatiquement après un certain temps.
 6. Par «objectif militaire», dans la mesure où des biens sont visés, tout bien qui par sa nature, son emplacement, sa destination ou son utilisation apporte une contribution effective à l'action militaire et dont la destruction totale ou partielle, la capture ou la neutralisation offre en l'occurrence un avantage militaire précis.
 7. Par «biens de caractère civil», tous les biens qui ne sont pas des objectifs militaires au sens du paragraphe 6 du présent article.
 8. Par «champ de mines», une zone définie dans laquelle des mines ont été mises en place, et par «zone minée», une zone dangereuse du fait de la présence de mines. Par «champ de mines factice», une zone non minée simulant un champ de mines. L'expression «champs de mines» couvre aussi les champs de mines factices.
 9. Par «enregistrement», une opération d'ordre matériel, administratif et technique visant à recueillir, pour les consigner dans des documents officiels, tous les renseignements disponibles qui aident à localiser les champs de mines, les zones minées, les mines, les pièges et d'autres dispositifs.
 10. Par «mécanisme d'autodestruction», un mécanisme à fonctionnement automatique incorporé ou attaché à l'engin et qui en assure la destruction.
- verbrachte Minen gelten nicht als „fernverlegt“, sofern sie nach Artikel 5 und anderen einschlägigen Artikeln dieses Protokolls eingesetzt werden;
 3. bedeutet „Antipersonenmine“ eine Mine, die in erster Linie dazu bestimmt ist, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung einer Person zur Explosion gebracht zu werden, und die eine oder mehrere Personen kampfunfähig macht, verletzt oder tötet;
 4. bedeutet „Sprengfalle“ eine Vorrichtung oder einen Stoff, die dazu bestimmt, gebaut oder eingerichtet sind, zu töten oder zu verletzen, und die unerwartet in Tätigkeit treten, wenn eine Person einen scheinbar harmlosen Gegenstand aus seiner Lage bringt oder sich ihm nähert oder eine scheinbar ungefährliche Handlung vornimmt;
 5. bedeutet „andere Vorrichtungen“ handverlegte Kampfmittel und Vorrichtungen, einschließlich behelfsmäßiger Sprengvorrichtungen, die dazu bestimmt sind, zu töten, zu verletzen oder zu beschädigen, und die von Hand, durch Fernbedienung oder nach einer bestimmten Zeitspanne selbsttätig ausgelöst werden;
 6. bedeutet „militärisches Ziel“, soweit es sich um Objekte handelt, ein Objekt, das aufgrund seiner Beschaffenheit, seines Standorts, seiner Zweckbestimmung oder seiner Verwendung wirksam zu militärischen Handlungen beiträgt und dessen gänzliche oder teilweise Zerstörung, Inbesitznahme oder Neutralisierung unter den zu dem betreffenden Zeitpunkt gegebenen Umständen einen eindeutigen militärischen Vorteil bietet;
 7. sind „zivile Objekte“ alle Objekte, die keine militärischen Ziele im Sinne der Nummer 6 sind;
 8. ist „Minenfeld“ ein genau bestimmtes Gebiet, in dem Minen verlegt sind, und „verminntes Gebiet“ ein Gebiet, das aufgrund des Vorhandenseins von Minen gefährlich ist. „Scheinminenfeld“ bedeutet ein minenfreies Gebiet, das ein Minenfeld vortäuscht. Der Begriff „Minenfeld“ schließt Scheinminenfelder ein;
 9. bedeutet „Aufzeichnung“ eine physische, verwaltungsmäßige und technische Maßnahme, die dazu bestimmt ist, zum Zweck der Registrierung in amtlichen Unterlagen alle verfügbaren Informationen zur Erleichterung der Auffindung von Minenfeldern, verminnten Gebieten, Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen zu erlangen;
 10. bedeutet „Selbstzerstörungsmechanismus“ einen eingebauten oder außen angebrachten, selbsttätig arbeitenden Mechanismus, der die

munition into which it is incorporated or to which it is attached.

11. "Self-neutralization mechanism" means an incorporated automatically-functioning mechanism which renders inoperable the munition into which it is incorporated.
12. "Self-deactivating" means automatically rendering a munition inoperable by means of the irreversible exhaustion of a component, for example, a battery, that is essential to the operation of the munition.
13. "Remote control" means control by commands from a distance.
14. "Anti-handling device" means a device intended to protect a mine and which is part of, linked to, attached to or placed under the mine and which activates when an attempt is made to tamper with the mine.
15. "Transfer" involves, in addition to the physical movement of mines into or from national territory, the transfer of title to and control over the mines, but does not involve the transfer of territory containing emplaced mines.

Article 3

General restrictions on the use of mines, booby-traps and other devices

1. This Article applies to:

- (a) mines;
- (b) booby-traps; and
- (c) other devices.

2. Each High Contracting Party or party to a conflict is, in accordance with the provisions of this Protocol, responsible for all mines, booby-traps, and other devices employed by it and undertakes to clear, remove, destroy or maintain them as specified in Article 10 of this Protocol.

3. It is prohibited in all circumstances to use any mine, booby-trap or other device which is designed or of a nature to cause superfluous injury or unnecessary suffering.

4. Weapons to which this Article applies shall strictly comply with the standards and limitations specified in the Technical Annex with respect to each particular category.

5. It is prohibited to use mines, booby-traps or other devices which employ a mechanism or device specifically designed

11. Par «mécanisme d'autoneutralisation», un mécanisme à fonctionnement automatique incorporé à l'engin et qui le rend inopérant.
12. Par «autodésactivation», le processus automatique qui rend l'engin inopérant par l'épuisement irréversible d'un élément, par exemple une batterie, essentiel à son fonctionnement.
13. Par «télécommande», la commande à distance.
14. Par «dispositif antimanipulation», un dispositif destiné à protéger une mine et qui fait partie de celle-ci, est relié à celle-ci, attaché à celle-ci ou placé sous celle-ci, et qui se déclenche en cas de tentative de manipulation de la mine.
15. Par «transfert», outre le retrait matériel des mines du territoire d'un Etat ou leur introduction matérielle dans celui d'un autre Etat, le transfert du droit de propriété et du contrôle sur ces mines, mais non la cession d'un territoire sur lequel des mines ont été mises en place.

Article 3

Restrictions générales à l'emploi des mines, pièges et autres dispositifs

1. Le présent article s'applique:

- a) aux mines;
- b) aux pièges; et
- c) aux autres dispositifs.

2. Chaque Haute Partie contractante ou chaque partie à un conflit est responsable, conformément aux dispositions du présent Protocole, de toutes les mines et de tous les pièges et autres dispositifs qu'elle a employés et s'engage à les enlever, les retirer, les détruire ou les entretenir comme il est précisé à l'article 10 du Protocole.

3. Il est interdit en toutes circonstances d'employer des mines, des pièges ou d'autres dispositifs qui sont conçus pour causer des maux superflus ou des souffrances inutiles, ou sont de nature à causer de tels maux ou de telles souffrances.

4. Les armes auxquelles s'applique le présent article doivent être strictement conformes aux normes et limitations énoncées dans l'Annexe technique en ce qui concerne chaque catégorie particulière.

5. Il est interdit d'employer des mines, des pièges ou d'autres dispositifs équipés d'un mécanisme ou d'un dispositif spécifi-

Zerstörung des Kampfmittels sicherstellt, in das er eingebaut oder an dem er angebracht ist;

11. bedeutet „Selbstneutralisierungsmechanismus“ einen eingebauten, selbsttätig arbeitenden Mechanismus, der das Kampfmittel, in das er eingebaut ist, unwirksam macht;
12. bedeutet „Selbstdeaktivierung“ einen Vorgang, durch den ein Kampfmittel aufgrund der unumkehrbaren Erschöpfung eines Bestandteils – z. B. einer Batterie –, der für die Wirkungsweise des Kampfmittels unentbehrlich ist, selbsttätig unwirksam gemacht wird;
13. bedeutet „Fernbedienung“ die Bedienung durch Steuerung aus der Ferne;
14. bedeutet „Aufhebesperre“ eine Vorrichtung, die eine Mine schützen soll und Teil der Mine, mit ihr verbunden, an ihr befestigt oder unter ihr angebracht ist und die bei dem Versuch, sich an der Mine zu schaffen zu machen, aktiviert wird;
15. umfaßt der Begriff „Weitergabe“ neben der physischen Verbringung von Minen in ein staatliches oder aus einem staatlichen Hoheitsgebiet auch die Übertragung des Rechts an den Minen und der Kontrolle über die Minen, nicht jedoch die Übertragung von Hoheitsgebiet, in dem Minen verlegt sind.

Artikel 3

Allgemeine Beschränkungen des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen

(1) Dieser Artikel findet Anwendung auf

- a) Minen,
- b) Sprengfallen und
- c) andere Vorrichtungen.

(2) Jede Hohe Vertragspartei oder jede an einem Konflikt beteiligte Partei ist in Übereinstimmung mit diesem Protokoll für alle von ihr verwendeten Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen verantwortlich und verpflichtet sich, diese entsprechend den Ausführungen in Artikel 10 zu räumen, zu beseitigen, zu zerstören oder zu unterhalten.

(3) Es ist unter allen Umständen verboten, Minen, Sprengfallen oder andere Vorrichtungen einzusetzen, die dazu bestimmt oder geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden zu verursachen.

(4) Waffen, auf die dieser Artikel Anwendung findet, müssen den in dem Technischen Anhang für jede einzelne Kategorie festgelegten Normen und Beschränkungen genau entsprechen.

(5) Es ist verboten, Minen, Sprengfallen oder andere Vorrichtungen einzusetzen, die einen Mechanismus oder eine Vorrich-

to detonate the munition by the presence of commonly available mine detectors as a result of their magnetic or other non-contact influence during normal use in detection operations.

6. It is prohibited to use a self-deactivating mine equipped with an anti-handling device that is designed in such a manner that the anti-handling device is capable of functioning after the mine has ceased to be capable of functioning.

7. It is prohibited in all circumstances to direct weapons to which this Article applies, either in offence, defence or by way of reprisals, against the civilian population as such or against individual civilians or civilian objects.

8. The indiscriminate use of weapons to which this Article applies is prohibited. Indiscriminate use is any placement of such weapons:

(a) which is not on, or directed against, a military objective. In case of doubt as to whether an object which is normally dedicated to civilian purposes, such as a place of worship, a house or other dwelling or a school, is being used to make an effective contribution to military action, it shall be presumed not to be so used;

(b) which employs a method or means of delivery which cannot be directed at a specific military objective; or

(c) which may be expected to cause incidental loss of civilian life, injury to civilians, damage to civilian objects, or a combination thereof, which would be excessive in relation to the concrete and direct military advantage anticipated.

9. Several clearly separated and distinct military objectives located in a city, town, village or other area containing a similar concentration of civilians or civilian objects are not to be treated as a single military objective.

10. All feasible precautions shall be taken to protect civilians from the effects of weapons to which this Article applies. Feasible precautions are those precautions which are practicable or practically possible taking into account all circumstances ruling at the time, including humanitarian and military considerations. These circumstances include, but are not limited to:

quement conçus pour déclencher leur explosion sans qu'il y ait contact, sous l'effet du champ magnétique ou sous une autre influence générés par la présence d'un détecteur de mines courant, utilisé normalement pour des opérations de détection.

6. Il est interdit d'employer des mines se désactivant d'elles-mêmes qui sont équipées d'un dispositif antimanipulation conçu pour demeurer apte à fonctionner après que les mines ont cessé de l'être.

7. Il est interdit en toutes circonstances de diriger les armes auxquelles s'applique le présent article contre la population civile en général ou contre des civils individuellement, ou contre des biens de caractère civil, que ce soit à titre offensif, défensif ou de représailles.

8. L'emploi sans discrimination des armes auxquelles s'applique le présent article est interdit. Par emploi sans discrimination, on entend toute mise en place de ces armes:

a) ailleurs que sur un objectif militaire, ou telle que ces armes ne sont pas dirigées contre un tel objectif. En cas de doute sur le point de savoir si un bien qui est normalement consacré à des usages civils, par exemple un lieu de culte, une maison ou un autre logement ou une école, est utilisé pour apporter une contribution effective à une action militaire, ce bien est présumé ne pas être utilisé à cette fin;

b) qui implique une méthode ou un moyen de transport sur l'objectif tel que ces armes ne peuvent pas être dirigées contre un objectif militaire spécifique; ou

c) dont on peut attendre qu'elle cause incidemment des pertes en vies humaines dans la population civile, des blessures aux personnes civiles, des dommages aux biens de caractère civil ou une combinaison de ces pertes et dommages, qui seraient excessifs par rapport à l'avantage militaire concret et direct attendu.

9. Plusieurs objectifs militaires nettement séparés et distincts situés dans une ville, une localité, un village ou une autre zone où se trouve une concentration analogue de populations civiles ou de biens de caractère civil ne sauraient être considérés comme un objectif militaire unique.

10. Toutes les précautions possibles sont prises pour protéger les civils des effets des armes auxquelles s'applique le présent article. Par précautions possibles, on entend les précautions qui sont praticables ou qu'il est pratiquement possible de prendre eu égard à toutes les conditions du moment, notamment aux considérations d'ordre humanitaire et d'ordre militaire. Ces conditions sont notamment, mais non pas exclusivement, les suivantes:

tung verwenden, die eigens dazu bestimmt sind, das Kampfmittel durch die Gegenwart allgemein verfügbarer Minensuchgeräte aufgrund deren magnetischer oder sonstiger berührungsloser Beeinflussung während des normalen Gebrauchs bei Suchvorgängen zur Detonation zu bringen.

(6) Es ist verboten, selbstdeaktivierende Minen einzusetzen, die mit einer Aufhebersperre ausgestattet sind, welche so konstruiert ist, daß sie noch wirksam sein kann, wenn die Mine selbst nicht mehr funktionsfähig ist.

(7) Es ist unter allen Umständen verboten, die Waffen, auf die dieser Artikel Anwendung findet, entweder offensiv oder defensiv oder als Repräsentation gegen die Zivilbevölkerung als solche oder gegen einzelne Zivilpersonen oder zivile Objekte zu richten.

(8) Der unterschiedslose Einsatz der Waffen, auf die dieser Artikel Anwendung findet, ist verboten. Als unterschiedsloser Einsatz gilt jede Anbringung derartiger Waffen,

a) die nicht an einem militärischen Ziel erfolgt oder nicht gegen ein solches Ziel gerichtet ist. Im Zweifelsfall wird vermutet, daß ein in der Regel für zivile Zwecke bestimmtes Objekt, wie beispielsweise eine Kultstätte, ein Haus, eine sonstige Wohnstätte oder eine Schule, nicht dazu verwendet wird, wirksam zu militärischen Handlungen beizutragen,

b) bei der Verlegemethoden oder -mittel verwendet werden, die nicht gegen ein bestimmtes militärisches Ziel gerichtet werden können, oder

c) bei der damit zu rechnen ist, daß sie auch Verluste unter der Zivilbevölkerung, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder mehrere derartige Folgen zusammen verursacht, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.

(9) Mehrere klar voneinander getrennte und deutlich unterscheidbare militärische Ziele in einer Stadt, einem Dorf oder einem sonstigen Gebiet, in dem Zivilpersonen oder zivile Objekte ähnlich konzentriert sind, dürfen nicht als ein einziges militärisches Ziel behandelt werden.

(10) Es sind alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um Zivilpersonen vor den Wirkungen der Waffen zu schützen, auf die dieser Artikel Anwendung findet. Praktisch mögliche Vorsichtsmaßnahmen sind solche, die unter Berücksichtigung aller zu dem betreffenden Zeitpunkt gegebenen Umstände einschließlich humanitärer und militärischer Erwägungen durchführbar oder anwendbar sind. Zu diesen Umständen zählen insbesondere, jedoch nicht ausschließlich,

- (a) the short- and long-term effect of mines upon the local civilian population for the duration of the minefield;
- (b) possible measures to protect civilians (for example, fencing, signs, warning and monitoring);
- (c) the availability and feasibility of using alternatives; and
- (d) the short- and long-term military requirements for a minefield.

11. Effective advance warning shall be given of any emplacement of mines, booby-traps and other devices which may affect the civilian population, unless circumstances do not permit.

Article 4

Restrictions on the use of anti-personnel mines

It is prohibited to use anti-personnel mines which are not detectable, as specified in paragraph 2 of the Technical Annex.

Article 5

Restrictions on the use of anti-personnel mines other than remotely-delivered mines

1. This Article applies to anti-personnel mines other than remotely-delivered mines.

2. It is prohibited to use weapons to which this Article applies which are not in compliance with the provisions on self-destruction and self-deactivation in the Technical Annex, unless:

- (a) such weapons are placed within a perimeter-marked area which is monitored by military personnel and protected by fencing or other means, to ensure the effective exclusion of civilians from the area. The marking must be of a distinct and durable character and must at least be visible to a person who is about to enter the perimeter-marked area; and
- (b) such weapons are cleared before the area is abandoned, unless the area is turned over to the forces of another State which accept responsibility for the maintenance of the protections required by this Article and the subsequent clearance of those weapons.

3. A party to a conflict is relieved from further compliance with the provisions of sub-paragraphs 2(a) and 2(b) of this Article

- a) L'effet à court et à long terme des mines sur la population civile locale tant que le champ de mines reste en place;
- b) Les mesures qu'il est possible de prendre pour protéger les civils (par exemple, installation de clôtures, signalisation, avertissement et surveillance);
- c) L'existence d'autres systèmes et la possibilité effective de les employer;
- d) Les exigences militaires auxquelles doit satisfaire un champ de mines à court et à long terme.

11. Préavis effectif doit être donné de toute mise en place de mines, de pièges ou d'autres dispositifs qui pourrait avoir des répercussions pour la population civile, à moins que les circonstances ne s'y prêtent pas.

Article 4

Restrictions à l'emploi des mines antipersonnel

Il est interdit d'employer des mines antipersonnel qui ne sont pas détectables au sens du paragraphe 2 de l'Annexe technique.

Article 5

Restrictions à l'emploi des mines antipersonnel autres que les mines mises en place à distance

1. Le présent article s'applique aux mines antipersonnel autres que les mines mises en place à distance.

2. Il est interdit d'utiliser des armes auxquelles s'applique le présent article et qui ne sont pas conformes aux dispositions de l'Annexe technique concernant l'autodestruction ou l'autodésactivation, à moins:

- a) que ces armes ne soient placées dans une zone dont le périmètre est marqué, qui est surveillée par un personnel militaire et protégée par une clôture ou d'autres moyens afin d'empêcher effectivement les civils d'y pénétrer. Le marquage doit être reconnaissable et durable et doit au moins pouvoir être vu de quiconque se trouve aux abords immédiats de cette zone; et
- b) que ces armes ne soient enlevées avant l'évacuation de la zone, sauf si celle-ci est livrée aux forces d'un autre Etat, qui acceptent la responsabilité de l'entretien des moyens de protection requis par le présent article et, ultérieurement, de l'enlèvement de ces armes.

3. Une partie à un conflit n'est libérée de l'obligation de respecter les dispositions des alinéas a) et b) du paragraphe 2 du pré-

- a) die kurz- und langfristige Auswirkung von Minen auf die örtliche Zivilbevölkerung während des Vorhandenseins des Minenfelds,
- b) mögliche Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen (z. B. Einzäunung, Zeichen, Warnung und Überwachung),
- c) die Verfügbarkeit und die praktische Möglichkeit des Einsatzes von Alternativen und
- d) die kurz- und langfristigen militärischen Erfordernisse für ein Minenfeld.

(11) Der Verlegung von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen, durch welche die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen werden kann, muß eine wirksame Warnung vorausgehen, es sei denn, die Umstände erlauben dies nicht.

Artikel 4

Beschränkungen des Einsatzes von Antipersonenminen

Es ist verboten, Antipersonenminen einzusetzen, die im Sinne der Nummer 2 des Technischen Anhangs nicht aufspürbar sind.

Artikel 5

Beschränkungen des Einsatzes von Antipersonenminen, die keine fernverlegten Minen sind

(1) Dieser Artikel findet Anwendung auf Antipersonenminen, die keine fernverlegten Minen sind.

(2) Es ist verboten, Waffen einzusetzen, auf die dieser Artikel Anwendung findet und die den Bestimmungen in dem Technischen Anhang über Selbstzerstörung und Selbstdeaktivierung nicht entsprechen, es sei denn,

- a) diese Waffen sind innerhalb eines an seiner Außengrenze markierten Gebiets angebracht, das von Militärpersonal überwacht und durch Einzäunung oder andere Mittel gesichert wird, um Zivilpersonen von diesem Gebiet wirksam fernhalten zu können. Die Markierung muß von deutlich erkennbarer und dauerhafter Art sein und muß zumindest für jemanden, der im Begriff ist, das an seiner Außengrenze markierte Gebiet zu betreten, sichtbar sein, und
- b) diese Waffen werden geräumt, bevor das betreffende Gebiet verlassen wird, sofern nicht das Gebiet den Streitkräften eines anderen Staates übergeben wird, welche die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der aufgrund dieses Artikels vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen und für die spätere Räumung dieser Waffen übernehmen.

(3) Eine an einem Konflikt beteiligte Partei ist von der weiteren Einhaltung des Absatzes 2 Buchstabe a und b nur dann

only if such compliance is not feasible due to forcible loss of control of the area as a result of enemy military action, including situations where direct enemy military action makes it impossible to comply. If that party regains control of the area, it shall resume compliance with the provisions of sub-paragraphs 2(a) and 2(b) of this Article.

4. If the forces of a party to a conflict gain control of an area in which weapons to which this Article applies have been laid, such forces shall, to the maximum extent feasible, maintain and, if necessary, establish the protections required by this Article until such weapons have been cleared.

5. All feasible measures shall be taken to prevent the unauthorized removal, defacement, destruction or concealment of any device, system or material used to establish the perimeter of a perimeter-marked area.

6. Weapons to which this Article applies which propel fragments in a horizontal arc of less than 90 degrees and which are placed on or above the ground may be used without the measures provided for in sub-paragraph 2(a) of this Article for a maximum period of 72 hours, if:

- (a) they are located in immediate proximity to the military unit that emplaced them; and
- (b) the area is monitored by military personnel to ensure the effective exclusion of civilians.

Article 6

Restrictions on the use of remotely-delivered mines

1. It is prohibited to use remotely-delivered mines unless they are recorded in accordance with sub-paragraph 1(b) of the Technical Annex.

2. It is prohibited to use remotely-delivered anti-personnel mines which are not in compliance with the provisions on self-destruction and self-deactivation in the Technical Annex.

3. It is prohibited to use remotely-delivered mines other than anti-personnel mines, unless, to the extent feasible, they are equipped with an effective self-destruction or self-neutralization mechanism and have a back-up self-deactivation feature, which is designed so that the mine will no longer function as a mine when the mine no longer serves the military purpose for which it was placed in position.

sent article que si elle en est empêchée du fait qu'elle a été contrainte d'abandonner le contrôle de la zone à la suite d'une action militaire de l'ennemi ou si elle en est empêchée par une action militaire directe de l'ennemi. Si cette partie reconquiert le contrôle de la zone, elle est de nouveau tenue de respecter ces dispositions.

4. Si les forces d'une partie à un conflit acquièrent le contrôle d'une zone dans laquelle des armes auxquelles s'applique le présent article ont été placées, elles doivent, dans toute la mesure possible, entretenir et, au besoin, établir les moyens de protection requis par le présent article jusqu'à ce que ces armes aient été enlevées.

5. Toutes les mesures possibles doivent être prises pour empêcher l'enlèvement sans autorisation, l'altération, la destruction ou la dissimulation de tout dispositif, système ou matériel utilisé pour marquer le périmètre d'une zone.

6. Les armes auxquelles s'applique le présent article et qui projettent des éclats selon un arc horizontal inférieur à 90° et sont placées sur le sol ou au-dessus du sol peuvent être employées sans que soient prises les mesures prévues au paragraphe 2, alinéa a), du présent article pendant 72 heures au plus, si:

- a) elles se trouvent à proximité immédiate de l'unité militaire qui les a mises en place; et si
- b) la zone est surveillée par du personnel militaire afin d'empêcher effectivement les civils d'y pénétrer.

Article 6

Restrictions à l'emploi des mines mises en place à distance

1. Il est interdit d'employer des mines mises en place à distance à moins qu'elles soient enregistrées conformément aux dispositions du paragraphe 1, alinéa b), de l'Annexe technique.

2. Il est interdit d'employer des mines antipersonnel mises en place à distance qui ne sont pas conformes aux dispositions de l'Annexe technique relatives à l'auto-destruction et à l'autodésactivation.

3. Il est interdit d'employer des mines mises en place à distance autres que les mines antipersonnel à moins que, dans la mesure du possible, elles soient équipées d'un mécanisme efficace d'autodestruction ou d'autoneutralisation et comprennent un dispositif complémentaire d'autodésactivation conçu de telle sorte que ces mines ne fonctionnent plus en tant que telles lorsqu'elles ne servent plus aux fins militaires pour lesquelles elles ont été mises en place.

befreit, wenn ihr die Einhaltung wegen des durch feindliche Kampfhandlungen gewaltsam herbeigeführten Verlustes der Kontrolle über das Gebiet praktisch nicht möglich ist, einschließlich der Situationen, in denen die Einhaltung durch unmittelbare militärische Feindeinwirkung vereitelt wird. Erlangt diese Partei die Kontrolle über das Gebiet zurück, so hält sie Absatz 2 Buchstabe a und b erneut ein.

(4) Erlangen die Streitkräfte einer an einem Konflikt beteiligten Partei die Kontrolle über ein Gebiet, in dem Waffen, auf die dieser Artikel Anwendung findet, verlegt worden sind, so werden diese Streitkräfte in größtmöglichem Umfang die durch diesen Artikel vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen aufrechterhalten und nötigenfalls treffen, bis die Waffen geräumt sind.

(5) Es sind alle praktisch möglichen Maßnahmen zu treffen, um die unbefugte Beseitigung, Verunstaltung, Zerstörung oder das unbefugte Verbergen von Vorrichtungen, Systemen oder Materialien zu verhindern, die zur Festlegung der Außengrenze eines an seiner Außengrenze markierten Gebiets verwendet worden sind.

(6) Waffen, auf die dieser Artikel Anwendung findet und die Splitter in einem horizontalen Bogen von weniger als 90 Grad ausstoßen und auf oder über dem Erdboden angebracht sind, dürfen ohne die in Absatz 2 Buchstabe a vorgesehenen Maßnahmen für einen Zeitraum von höchstens 72 Stunden eingesetzt werden, sofern

- a) sie sich in unmittelbarer Nähe der Truppe befinden, die sie verlegt hat, und
- b) das betreffende Gebiet von Militärpersonal überwacht wird, um Zivilpersonen wirksam fernzuhalten.

Artikel 6

Beschränkungen des Einsatzes fernverlegter Minen

(1) Es ist verboten, fernverlegte Minen einzusetzen, sofern sie nicht nach Nummer 1 Buchstabe b des Technischen Anhangs aufgezeichnet werden.

(2) Es ist verboten, fernverlegte Antipersonenminen einzusetzen, die nicht den Bestimmungen in dem Technischen Anhang über Selbstzerstörung und Selbstdeaktivierung entsprechen.

(3) Es ist verboten, fernverlegte Minen, die keine Antipersonenminen sind, einzusetzen, sofern sie nicht, soweit praktisch möglich, mit einem wirksamen Selbstzerstörungs- oder Selbstneutralisierungsmechanismus ausgestattet sind und eine zusätzliche Selbstdeaktivierungsvorrichtung haben, die so entworfen ist, daß die Mine nicht mehr als Mine wirkt, wenn sie nicht mehr dem militärischen Zweck dient, für den sie verlegt wurde.

4. Effective advance warning shall be given of any delivery or dropping of remotely-delivered mines which may affect the civilian population, unless circumstances do not permit.

4. Préavis effectif doit être donné de tout lancement ou largage de mines mises en place à distance qui pourrait avoir des répercussions pour la population civile, à moins que les circonstances ne s'y prêtent pas.

(4) Der Verlegung oder dem Abwurf fernverlegter Minen, durch welche die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen werden kann, muß eine wirksame Warnung vorausgehen, es sei denn, die Umstände erlauben dies nicht.

Article 7

Prohibitions on the use of booby-traps and other devices

1. Without prejudice to the rules of international law applicable in armed conflict relating to treachery and perfidy, it is prohibited in all circumstances to use booby-traps and other devices which are in any way attached to or associated with:

- (a) internationally recognized protective emblems, signs or signals;
- (b) sick, wounded or dead persons;
- (c) burial or cremation sites or graves;
- (d) medical facilities, medical equipment, medical supplies or medical transportation;
- (e) children's toys or other portable objects or products specially designed for the feeding, health, hygiene, clothing or education of children;
- (f) food or drink;
- (g) kitchen utensils or appliances except in military establishments, military locations or military supply depots;
- (h) objects clearly of a religious nature;
- (i) historic monuments, works of art or places of worship which constitute the cultural or spiritual heritage of peoples; or
- (j) animals or their carcasses.

2. It is prohibited to use booby-traps or other devices in the form of apparently harmless portable objects which are specifically designed and constructed to contain explosive material.

3. Without prejudice to the provisions of Article 3, it is prohibited to use weapons to which this Article applies in any city, town, village or other area containing a similar concentration of civilians in which combat between ground forces is not taking place or does not appear to be imminent, unless either:

- (a) they are placed on or in the close vicinity of a military objective; or
- (b) measures are taken to protect civilians from their effects, for example, the posting of warning sentries, the issuing

Article 7

Interdiction de l'emploi de pièges et autres dispositifs

1. Sans préjudice des règles du droit international applicables aux conflits armés relatives à la trahison et à la perfidie, il est interdit en toutes circonstances d'employer des pièges et d'autres dispositifs qui sont attachés ou associés d'une façon quelconque:

- a) à des emblèmes, signes ou signaux protecteurs internationalement reconnus;
- b) à des malades, des blessés ou des morts;
- c) à des lieux d'inhumation ou d'incinération, ou à des tombes;
- d) à des installations, du matériel, des fournitures ou des transports sanitaires;
- e) à des jouets d'enfant ou à d'autres objets portatifs ou à des produits spécialement destinés à l'alimentation, à la santé, à l'hygiène, à l'habillement ou à l'éducation des enfants;
- f) à des aliments ou à des boissons;
- g) à des ustensiles de cuisine ou à des appareils ménagers, sauf dans des établissements militaires, des sites militaires et des dépôts d'approvisionnement militaires;
- h) à des objets de caractère indiscutablement religieux;
- i) à des monuments historiques, des œuvres d'art ou des lieux de culte qui constituent le patrimoine culturel ou spirituel des peuples; ou
- j) à des animaux ou à des carcasses d'animaux.

2. Il est interdit d'employer des pièges ou d'autres dispositifs qui ont l'apparence d'objets portatifs inoffensifs, mais qui sont en fait spécialement conçus et fabriqués pour contenir des matières explosives.

3. Sans préjudice des dispositions de l'article 3, il est interdit d'employer des armes auxquelles s'applique le présent article dans toute ville, toute localité, tout village ou toute autre zone où se trouve une concentration analogue de populations civiles, où aucun combat ne se déroule entre des forces terrestres ni semble imminent, à moins:

- a) que ces armes ne soient placées sur un objectif militaire ou à proximité immédiate d'un tel objectif; ou
- b) que des mesures, telles que le placement de sentinelles, le lancement d'avertissements ou la mise en place

Artikel 7

Verbot des Einsatzes von Sprengfallen und anderen Vorrichtungen

(1) Unbeschadet der Regeln des in bewaffneten Konflikten anwendbaren Völkerrechts über Verrat und Helmtücke ist es unter allen Umständen verboten, Sprengfallen und andere Vorrichtungen einzusetzen, die auf irgendeine Weise befestigt sind an oder verbunden sind mit

- a) international anerkannten schutzverleihenden Kennzeichen, Abzeichen oder Signalen,
- b) Kranken, Verwundeten oder Toten,
- c) Beerdigungsstätten, Krematorien oder Gräbern,
- d) Sanitätseinrichtungen, medizinischem Gerät, medizinischen Versorgungsgütern oder Sanitätstransporten,
- e) Kinderspielzeug oder anderen beweglichen Gegenständen oder Erzeugnissen, die eigens für die Ernährung, Gesundheit, Hygiene, Bekleidung oder Erziehung von Kindern bestimmt sind,
- f) Nahrungsmitteln oder Getränken,
- g) Küchengeräten oder -zubehör außer in militärischen Einrichtungen, militärischen Niederlassungen oder militärischen Versorgungsdepots,
- h) Gegenständen eindeutig religiöser Art,
- i) geschichtlichen Denkmälern, Kunstwerken oder Kultstätten, die zum kulturellen oder geistigen Erbe der Völker gehören, oder
- j) Tieren oder Tierkadavern.

(2) Es ist verboten, Sprengfallen und andere Vorrichtungen in Form von scheinbar harmlosen beweglichen Gegenständen einzusetzen, die eigens dafür bestimmt und gebaut sind, Sprengstoff zu enthalten.

(3) Unbeschadet des Artikels 3 ist es verboten, Waffen, auf die der vorliegende Artikel Anwendung findet, in einer Stadt, einem Dorf oder einem sonstigen Gebiet, in dem Zivilpersonen ähnlich konzentriert sind, einzusetzen, in denen eine Kampfhandlung zwischen Landstreitkräften nicht stattfindet oder nicht unmittelbar bevorzustehen scheint, es sei denn,

- a) sie werden an oder in unmittelbarer Nähe von militärischen Zielen angebracht, oder
- b) es werden Maßnahmen getroffen, um Zivilpersonen vor ihren Wirkungen zu schützen, zum Beispiel durch die Auf-

of warnings or the provision of fences.

de clôtures, ne soient prises pour protéger les populations civiles contre les effets desdites armes.

stellung von Warnposten, die Verbreitung von Warnungen oder die Errichtung von Zäunen.

Article 8 Transfers

1. In order to promote the purposes of this Protocol, each High Contracting Party:

- (a) undertakes not to transfer any mine the use of which is prohibited by this Protocol;
- (b) undertakes not to transfer any mine to any recipient other than a State or a State agency authorized to receive such transfers;
- (c) undertakes to exercise restraint in the transfer of any mine the use of which is restricted by this Protocol. In particular, each High Contracting Party undertakes not to transfer any anti-personnel mines to States which are not bound by this Protocol, unless the recipient State agrees to apply this Protocol; and
- (d) undertakes to ensure that any transfer in accordance with this Article takes place in full compliance, by both the transferring and the recipient State, with the relevant provisions of this Protocol and the applicable norms of international humanitarian law.

2. In the event that a High Contracting Party declares that it will defer compliance with specific provisions on the use of certain mines, as provided for in the Technical Annex, sub-paragraph 1(a) of this Article shall however apply to such mines.

3. All High Contracting Parties, pending the entry into force of this Protocol, will refrain from any actions which would be inconsistent with sub-paragraph 1(a) of this Article.

Article 9 Recording and use of information on minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices

1. All information concerning minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices shall be recorded in accordance with the provisions of the Technical Annex.

2. All such records shall be retained by the parties to a conflict, who shall, without delay after the cessation of active hostilities, take all necessary and appropriate measures, including the use of such information, to protect civilians from the effects of minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices in areas under their

Article 8 Transferts

1. Afin d'œuvrer à la réalisation des objectifs du présent Protocole, chaque Haute Partie contractante:

- a) s'engage à ne pas transférer de mines dont l'emploi est interdit par le présent Protocole;
- b) s'engage à ne pas transférer de mines à un destinataire autre qu'un Etat ou un organisme d'Etat qui soit habilité à en recevoir;
- c) s'engage à faire preuve de retenue en matière de transfert de mines dont l'emploi est restreint par le présent Protocole. En particulier, chaque Haute Partie contractante s'engage à ne pas transférer de mines antipersonnel à des Etats qui ne sont pas liés par le Protocole, sauf si l'Etat qui les reçoit accepte d'appliquer le présent Protocole;
- d) s'engage à assurer que tout transfert effectué conformément au présent article se fait dans le respect entier, à la fois par l'Etat qui transfère les mines et par celui qui les reçoit, des dispositions pertinentes du présent Protocole et des normes du droit international humanitaire applicables.

2. Si une Haute Partie contractante déclare qu'elle différera le respect de dispositions spécifiques relatives à l'emploi de certaines mines, comme le prévoit l'Annexe technique, l'alinéa a) du paragraphe 1 du présent article s'applique cependant à de telles mines.

3. En attendant l'entrée en vigueur du présent Protocole, toutes les Hautes Parties contractantes s'abstiennent de tous actes qui seraient contraires à ce que nécessite l'alinéa a) du paragraphe 1 du présent article.

Article 9 Enregistrement et emploi des renseignements concernant les champs de mines, zones minées, mines, pièges et autres dispositifs

1. Tous les renseignements concernant les champs de mines, zones minées, mines, pièges et autres dispositifs doivent être enregistrés conformément aux dispositions de l'Annexe technique.

2. Tous ces enregistrements doivent être conservés par les parties à un conflit, qui, après la cessation des hostilités actives, prennent sans attendre toutes les mesures nécessaires et appropriées, y compris l'utilisation de ces renseignements, pour protéger les civils contre les effets des champs de mines, zones minées, mines, pièges et

Artikel 8 Weitergabe

(1) Zur Förderung der Ziele dieses Protokolls verpflichtet sich jede Hohe Vertragspartei,

- a) Minen, deren Einsatz durch dieses Protokoll verboten ist, nicht weiterzugeben,
- b) Minen nicht an einen anderen Empfänger als einen Staat oder eine zur Entgegennahme befugte staatliche Stelle weiterzugeben,
- c) die Weitergabe von Minen einzuschränken, deren Einsatz durch dieses Protokoll beschränkt ist. Insbesondere verpflichtet sich jede Hohe Vertragspartei, Antipersonenminen nicht an Staaten weiterzugeben, die nicht durch dieses Protokoll gebunden sind, es sei denn, der Empfängerstaat erklärt sich einverstanden, dieses Protokoll anzuwenden, und
- d) sicherzustellen, daß jede Weitergabe sowohl durch den weitergebenden Staat als auch durch den Empfängerstaat im Einklang mit diesem Artikel unter voller Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieses Protokolls und der anwendbaren Normen des humanitären Völkerrechts erfolgt.

(2) Falls eine Hohe Vertragspartei erklärt, daß sie die Einhaltung einzelner Bestimmungen über den Einsatz bestimmter Minen aufschiebt, wie im Technischen Anhang vorgesehen, findet Absatz 1 Buchstabe a auf diese Minen dennoch Anwendung.

(3) Alle Hohen Vertragsparteien werden bis zum Inkrafttreten dieses Protokolls jede Handlung unterlassen, die mit Absatz 1 Buchstabe a unvereinbar wäre.

Artikel 9 Aufzeichnung und Verwendung von Informationen über Minenfelder, vermintete Gebiete, Minen, Sprengfallen und andere Vorrichtungen

(1) Alle Informationen über Minenfelder, vermintete Gebiete, Minen, Sprengfallen und andere Vorrichtungen sind in Übereinstimmung mit dem Technischen Anhang aufzuzeichnen.

(2) Alle diese Aufzeichnungen sind von den an einem Konflikt beteiligten Parteien aufzubewahren; diese treffen unverzüglich nach Beendigung der aktiven Feindseligkeiten alle erforderlichen und angemessenen Maßnahmen einschließlich der Verwendung solcher Informationen, um Zivilpersonen vor den Wirkungen von Minenfel-

control.

At the same time, they shall also make available to the other party or parties to the conflict and to the Secretary-General of the United Nations all such information in their possession concerning minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices laid by them in areas no longer under their control; provided, however, subject to reciprocity, where the forces of a party to a conflict are in the territory of an adverse party, either party may withhold such information from the Secretary-General and the other party, to the extent that security interests require such withholding, until neither party is in the territory of the other. In the latter case, the information withheld shall be disclosed as soon as those security interests permit. Wherever possible, the parties to the conflict shall seek, by mutual agreement, to provide for the release of such information at the earliest possible time in a manner consistent with the security interests of each party.

3. This Article is without prejudice to the provisions of Articles 10 and 12 of this Protocol.

Article 10

Removal of minefields,
mined areas, mines,
booby-traps
and other devices
and international
cooperation

1. Without delay after the cessation of active hostilities, all minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices shall be cleared, removed, destroyed or maintained in accordance with Article 3 and paragraph 2 of Article 5 of this Protocol.

2. High Contracting Parties and parties to a conflict bear such responsibility with respect to minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices in areas under their control.

3. With respect to minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices laid by a party in areas over which it no longer exercises control, such party shall provide to the party in control of the area pursuant to paragraph 2 of this Article, to the extent permitted by such party, technical and material assistance necessary to fulfil such responsibility.

4. At all times necessary, the parties shall endeavour to reach agreement, both among themselves and, where appropriate, with other States and with international

autres dispositifs dans les zones sous leur contrôle.

En même temps, elles fournissent, chacune à l'autre ou aux autres parties au conflit ainsi qu'au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, tous les renseignements en leur possession concernant les champs de mines, zones minées, mines, pièges et autres dispositifs qu'elles ont mis en place dans des zones qui ne sont plus sous leur contrôle; il est entendu toutefois, sous réserve de réciprocité, au cas où les forces d'une partie au conflit se trouvent dans un territoire d'une partie adverse, que l'une ou l'autre partie peut ne pas fournir ces renseignements au Secrétaire général et à l'autre partie, dans la mesure où des intérêts de sécurité l'exigent, jusqu'à ce qu'aucune d'entre elles ne se trouve plus dans le territoire de l'autre. Dans ce dernier cas, les renseignements gardés secrets doivent être communiqués dès que ces intérêts de sécurité le permettent. Dans la mesure du possible, les parties au conflit s'efforcent, par accord mutuel, de communiquer ces renseignements dans les meilleurs délais, d'une manière compatible avec les intérêts de sécurité de chacune d'elles.

3. Le présent article s'applique sans préjudice des dispositions des articles 10 et 12 du présent Protocole.

Article 10

Enlèvement des champs de mines,
zones minées, mines,
pièges
et autres dispositifs
et coopération internationale
à cette fin

1. Sans retard après la cessation des hostilités actives, tous les champs de mines, zones minées, mines, pièges et autres dispositifs doivent être enlevés, retirés, détruits ou entretenus conformément à l'article 3 et au paragraphe 2 de l'article 5 du présent Protocole.

2. Les Hautes Parties contractantes et les parties à un conflit assument cette responsabilité en ce qui concerne les champs de mines, zones minées, mines, pièges et autres dispositifs situés dans des zones qu'elles contrôlent.

3. Lorsqu'une partie ne contrôle plus des zones dans lesquelles elle a mis en place des champs de mines, zones minées, mines, pièges et autres dispositifs, elle fournit à la partie qui en a le contrôle, en vertu du paragraphe 2 du présent article, dans la mesure où cette dernière le permet, l'assistance technique et matérielle dont celle-ci a besoin pour s'acquitter de cette responsabilité.

4. Chaque fois qu'il est nécessaire, les parties s'efforcent de conclure un accord, tant entre elles que, s'il y a lieu, avec d'autres États et avec des organisations

intern, verminten Gebieten, Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in Gebieten unter ihrer Kontrolle zu schützen.

Gleichzeitig haben sie alle in ihrem Besitz befindlichen Informationen über Minenfelder, verminten Gebiete, Minen, Sprengfallen und andere Vorrichtungen, die sie in Gebieten verlegt hatten, welche nicht mehr ihrer Kontrolle unterstehen, den anderen am Konflikt beteiligten Parteien und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen; wenn die Streitkräfte einer an einem Konflikt beteiligten Partei sich im Hoheitsgebiet einer gegnerischen Partei befinden, kann jedoch jede Partei nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit solche Informationen dem Generalsekretär und der anderen Partei in dem aus Sicherheitsinteressen erforderlichen Umfang vorenthalten, bis keine der Parteien sich mehr im Hoheitsgebiet der anderen Partei befindet. Im letzteren Fall sind die zurückgehaltenen Informationen preiszugeben, sobald die betreffenden Sicherheitsinteressen dies erlauben. Soweit möglich sorgen die an dem Konflikt beteiligten Parteien in gegenseitigem Einvernehmen dafür, daß derartige Informationen zum frühestmöglichen Zeitpunkt in einer Weise freigegeben werden, die mit den Sicherheitsinteressen aller beteiligten Parteien vereinbar ist.

(3) Dieser Artikel läßt die Artikel 10 und 12 unberührt.

Artikel 10

Beseitigung von Minenfeldern,
verminten Gebieten, Minen,
Sprengfallen
und anderen Vorrichtungen
sowie internationale
Zusammenarbeit

(1) Nach Beendigung der aktiven Feindseligkeiten sind alle Minenfelder, verminten Gebiete, Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in Übereinstimmung mit Artikel 3 und Artikel 5 Absatz 2 unverzüglich zu räumen, zu beseitigen, zu zerstören oder zu unterhalten.

(2) Die Hohen Vertragsparteien und an einem Konflikt beteiligten Parteien tragen die Verantwortung für die in Gebieten unter ihrer Kontrolle befindlichen Minenfelder, verminten Gebiete, Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen.

(3) In bezug auf Minenfelder, verminten Gebiete, Minen, Sprengfallen und andere Vorrichtungen, die von einer Partei in Gebieten angelegt oder verlegt worden sind, über die sie keine Kontrolle mehr ausübt, leistet diese Partei der Partei, unter deren Kontrolle sich das Gebiet nach Absatz 2 befindet, soweit diese es zuläßt, die zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung notwendige technische und materielle Hilfe.

(4) Die Parteien bemühen sich, wann immer erforderlich, sowohl untereinander als auch gegebenenfalls mit anderen Staaten und mit internationalen Organisationen

al organizations, on the provision of technical and material assistance, including, in appropriate circumstances, the undertaking of joint operations necessary to fulfil such responsibilities.

internationales, sur l'octroi d'une assistance technique et matérielle, y compris, si les circonstances s'y prêtent, sur l'organisation d'opérations conjointes nécessaires pour s'acquitter de ces responsabilités.

eine Übereinkunft über die Leistung technischer und materieller Hilfe, einschließlich, wenn die Umstände es zulassen, der Durchführung gemeinsamer, für die Wahrnehmung der genannten Verantwortlichkeiten notwendiger Maßnahmen zu erzielen.

Article 11

Technological cooperation and assistance

1. Each High Contracting Party undertakes to facilitate and shall have the right to participate in the fullest possible exchange of equipment, material and scientific and technological information concerning the implementation of this Protocol and means of mine clearance. In particular, High Contracting Parties shall not impose undue restrictions on the provision of mine clearance equipment and related technological information for humanitarian purposes.

2. Each High Contracting Party undertakes to provide information to the database on mine clearance established within the United Nations System, especially information concerning various means and technologies of mine clearance, and lists of experts, expert agencies or national points of contact on mine clearance.

3. Each High Contracting Party in a position to do so shall provide assistance for mine clearance through the United Nations System, other international bodies or on a bilateral basis, or contribute to the United Nations Voluntary Trust Fund for Assistance in Mine Clearance.

4. Requests by High Contracting Parties for assistance, substantiated by relevant information, may be submitted to the United Nations, to other appropriate bodies or to other States. These requests may be submitted to the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit them to all High Contracting Parties and to relevant international organizations.

5. In the case of requests to the United Nations, the Secretary-General of the United Nations, within the resources available to the Secretary-General of the United Nations, may take appropriate steps to assess the situation and, in cooperation with the requesting High Contracting Party, determine the appropriate provision of assistance in mine clearance or implementation of the Protocol. The Secretary-General may also report to High Contracting Parties on any such assessment as well as on the type and scope of assistance required.

6. Without prejudice to their constitutional and other legal provisions, the High Contracting Parties undertake to cooperate and transfer technology to facilitate the implementation of the relevant prohibitions

Article 11

Coopération et assistance techniques

1. Chaque Haute Partie contractante s'engage à faciliter un échange aussi large que possible d'équipements, de matières et de renseignements scientifiques et techniques concernant l'application du présent Protocole et les moyens de déminage et a le droit de participer à un tel échange. En particulier, les Hautes Parties contractantes n'imposent pas de restrictions indues à la fourniture, à des fins humanitaires, d'équipements de déminage et des renseignements techniques correspondants.

2. Chaque Haute Partie contractante s'engage à fournir à la base de données sur le déminage établie dans le cadre des organismes des Nations Unies des renseignements sur le déminage concernant notamment différents moyens et techniques, ainsi que des listes d'experts, d'organismes spécialisés ou de centres nationaux qui puissent être contactés.

3. Chaque Haute Partie contractante qui est en mesure de le faire fournit une assistance au déminage par le biais des organismes des Nations Unies ou d'autres organismes internationaux ou encore par la voie d'accords bilatéraux, ou verse des contributions au Fonds d'affectation spéciale pour l'assistance au déminage.

4. Les demandes d'assistance des Hautes Parties contractantes, appuyées par des renseignements pertinents, peuvent être adressées à l'Organisation des Nations Unies, à d'autres organismes appropriés ou à d'autres Etats. Elles peuvent être présentées au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui les transmet à toutes les Hautes Parties contractantes et aux organisations internationales compétentes.

5. Dans le cas des demandes qui sont adressées à l'Organisation des Nations Unies, le Secrétaire général de l'Organisation peut, dans les limites des ressources dont il dispose, faire le nécessaire pour évaluer la situation et, en coopération avec la Haute Partie contractante requérante, déterminer quelle assistance au déminage ou à l'application du Protocole il convient d'apporter à cette partie. Le Secrétaire général peut aussi faire rapport aux Hautes Parties contractantes sur toute évaluation ainsi effectuée de même que sur le type et l'ampleur de l'assistance requise.

6. Les Hautes Parties contractantes s'engagent, sans préjudice de leurs dispositions constitutionnelles et autres dispositions juridiques, à coopérer et à transférer des techniques en vue de faciliter l'appli-

Artikel 11

Technische Zusammenarbeit und Hilfe

(1) Jede Hohe Vertragspartei verpflichtet sich, den größtmöglichen Austausch von Ausrüstung und Material sowie von wissenschaftlichen und technologischen Informationen bezüglich der Durchführung dieses Protokolls und der Mittel zur Minenräumung zu erleichtern, und hat das Recht, daran teilzunehmen. Insbesondere erlegen die Hohen Vertragsparteien der Bereitstellung von Minenräumungsausrüstung und damit zusammenhängenden technologischen Informationen für humanitäre Zwecke keine ungebührlichen Beschränkungen auf.

(2) Jede Hohe Vertragspartei verpflichtet sich, Informationen an die im System der Vereinten Nationen eingerichtete Datenbank über Minenräumung zu liefern, insbesondere solche über die verschiedenen Mittel und Technologien der Minenräumung, sowie Listen von Fachleuten, Expertenagenturen oder nationalen Kontaktstellen für Minenräumung.

(3) Jede Hohe Vertragspartei, die hierzu in der Lage ist, leistet Hilfe zur Minenräumung durch das System der Vereinten Nationen, sonstige internationale Gremien oder bilateral oder leistet Beiträge zum Freiwilligen Treuhandfonds der Vereinten Nationen zur Unterstützung bei der Minenräumung.

(4) Durch sachdienliche Angaben begründete Hilfsersuchen von Hohen Vertragsparteien können den Vereinten Nationen, sonstigen geeigneten Gremien oder anderen Staaten unterbreitet werden. Diese Ersuchen können dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugeleitet werden, der sie allen Hohen Vertragsparteien und einschlägigen internationalen Organisationen übermittelt.

(5) Bei Ersuchen, die an die Vereinten Nationen gerichtet werden, kann der Generalsekretär der Vereinten Nationen im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel geeignete Schritte unternehmen, um die Sachlage zu beurteilen, und in Zusammenarbeit mit der ersuchenden Hohen Vertragspartei über die geeignete Hilfeleistung bei der Minenräumung oder der Durchführung dieses Protokolls entscheiden. Der Generalsekretär kann auch Hohen Vertragsparteien über eine solche Beurteilung sowie über die Art und den Umfang der benötigten Hilfe berichten.

(6) Unbeschadet ihrer verfassungsrechtlichen und sonstigen rechtlichen Bestimmungen verpflichten sich die Hohen Vertragsparteien zur Zusammenarbeit und zur Weitergabe von Technologie, um die Um-

and restrictions set out in this Protocol.

7. Each High Contracting Party has the right to seek and receive technical assistance, where appropriate, from another High Contracting Party on specific relevant technology, other than weapons technology, as necessary and feasible, with a view to reducing any period of deferral for which provision is made in the Technical Annex.

Article 12

Protection from the effects of minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices

1. Application

- (a) With the exception of the forces and missions referred to in sub-paragraph 2(a)(i) of this Article, this Article applies only to missions which are performing functions in an area with the consent of the High Contracting Party on whose territory the functions are performed.
- (b) The application of the provisions of this Article to parties to a conflict which are not High Contracting Parties shall not change their legal status or the legal status of a disputed territory, either explicitly or implicitly.
- (c) The provisions of this Article are without prejudice to existing international humanitarian law, or other international instruments as applicable, or decisions by the Security Council of the United Nations, which provide for a higher level of protection to personnel functioning in accordance with this Article.

2. Peace-keeping and certain other forces and missions

(a) This paragraph applies to:

- (i) any United Nations force or mission performing peace-keeping, observation or similar functions in any area in accordance with the Charter of the United Nations; and
- (ii) any mission established pursuant to Chapter VIII of the Charter of the United Nations and performing its functions in the area of a conflict.

- (b) Each High Contracting Party or party to a conflict, if so requested by the head of a force or mission to which this paragraph applies, shall:

tion des interdictions et des restrictions pertinentes qui sont énoncées dans le présent Protocole.

7. Chaque Haute Partie contractante a le droit, s'il y a lieu, de chercher à obtenir et de recevoir d'une autre Haute Partie contractante une assistance technique, autant que de besoin et autant que faire se peut, touchant des technologies spécifiques et pertinentes, autres que celles qui sont liées à l'armement, en vue de réduire la période durant laquelle elle différerait le respect de certaines dispositions, ainsi qu'il est prévu dans l'Annexe technique.

Article 12

Protection contre les effets des champs de mines, zones minées, mines, pièges et autres dispositifs

1. Application

- a) A l'exception des forces et missions visées au paragraphe 2, alinéa a) i), ci-après, le présent article s'applique uniquement aux missions s'acquittant de tâches dans une zone située sur le territoire d'une Haute Partie contractante avec le consentement de celle-ci.
- b) L'application des dispositions du présent article à des parties à un conflit qui ne sont pas de Hautes Parties contractantes ne modifie ni explicitement ni implicitement leur statut juridique ni celui d'un territoire contesté.
- c) Les dispositions du présent article s'appliquent sans préjudice de celles du droit international humanitaire en vigueur ou d'autres instruments internationaux applicables ou de décisions du Conseil de sécurité de l'Organisation des Nations Unies, qui visent à assurer une plus haute protection au personnel s'acquittant de ses tâches conformément au présent article.

2. Forces et missions de maintien de la paix et certaines autres forces et missions

a) Le présent paragraphe s'applique à:

- i) toute force ou mission des Nations Unies qui s'acquitte dans une zone quelconque de tâches de maintien de la paix ou d'observation ou de tâches analogues, conformément à la Charte des Nations Unies;
- ii) toute mission établie conformément au Chapitre VIII de la Charte des Nations Unies et s'acquittant de tâches dans une zone de conflit.

- b) Chaque Haute Partie contractante ou chaque partie à un conflit, si elle en est priée par le chef d'une force ou d'une mission à laquelle s'applique le présent paragraphe:

setzung der in diesem Protokoll enthaltenen Verbote und Beschränkungen zu erleichtern.

(7) Jede Hohe Vertragspartei hat das Recht, von einer anderen Hohen Vertragspartei gegebenenfalls technische Hilfe bezüglich bestimmter einschlägiger Technologie, außer Waffentechnologie, im erforderlichen und praktisch möglichen Umfang zur Verkürzung der im Technischen Anhang vorgesehenen Aufschubfristen zu erbitten und zu erhalten.

Artikel 12

Schutz vor den Wirkungen von Minenfeldern, verminnten Gebieten, Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen

(1) Anwendung

- a) Mit Ausnahme der in Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i bezeichneten Truppen und Missionen findet dieser Artikel nur Anwendung auf Missionen, die in einem Gebiet Aufgaben mit der Zustimmung jener Hohen Vertragspartei wahrnehmen, in deren Hoheitsgebiet die Aufgaben wahrgenommen werden.
- b) Die Anwendung dieses Artikels auf die an einem Konflikt beteiligten Parteien, die nicht Hohe Vertragsparteien sind, ändert weder ausdrücklich noch stillschweigend deren Rechtsstellung oder die Rechtsstellung eines umstrittenen Gebiets.
- c) Dieser Artikel läßt das geltende humanitäre Völkerrecht beziehungsweise sonstige internationale Übereinkünfte, soweit sie anwendbar sind, oder Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die einen umfassenderen Schutz des in Übereinstimmung mit diesem Artikel tätigen Personals vorsehen, unberührt.

(2) Friedenserhaltende und bestimmte andere Truppen und Missionen

a) Dieser Absatz findet Anwendung auf

- i) jede Truppe oder Mission der Vereinten Nationen, die Aufgaben der Friedenserhaltung, der Beobachtung oder ähnliche Aufgaben in einem Gebiet in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen wahrnimmt, und
- ii) jede nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen eingesetzte Mission, die ihre Aufgaben in einem Konfliktgebiet wahrnimmt.

- b) Jede Hohe Vertragspartei oder an einem Konflikt beteiligte Partei wird, wenn sie vom Leiter einer Truppe oder Mission, auf die dieser Absatz Anwendung findet, darum ersucht wird,

(i) so far as it is able, take such measures as are necessary to protect the force or mission from the effects of mines, booby-traps and other devices in any area under its control;

(ii) if necessary in order effectively to protect such personnel, remove or render harmless, so far as it is able, all mines, booby-traps and other devices in that area; and

(iii) Inform the head of the force or mission of the location of all known minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices in the area in which the force or mission is performing its functions and, so far as is feasible, make available to the head of the force or mission all information in its possession concerning such minefields, mined areas, mines, booby-traps and other devices.

3. Humanitarian and fact-finding missions of the United Nations System

(a) This paragraph applies to any humanitarian or fact-finding mission of the United Nations System.

(b) Each High Contracting Party or party to a conflict, if so requested by the head of a mission to which this paragraph applies, shall:

(i) provide the personnel of the mission with the protections set out in sub-paragraph 2(b)(i) of this Article; and

(ii) if access to or through any place under its control is necessary for the performance of the mission's functions and in order to provide the personnel of the mission with safe passage to or through that place:

(aa) unless on-going hostilities prevent, inform the head of the mission of a safe route to that place if such information is available; or

(bb) if information identifying a safe route is not provided in accordance with sub-paragraph (aa), so far as is necessary and feasible, clear a lane through minefields.

4. Missions of the International Committee of the Red Cross

(a) This paragraph applies to any mission of the International Committee of the

i) prend, dans la mesure où elle le peut, les mesures requises pour protéger, dans toute zone placée sous son contrôle, la force ou la mission contre les effets des mines, pièges et autres dispositifs;

ii) si cela est nécessaire pour protéger efficacement ce personnel, enlève ou rend inoffensifs, dans la mesure où elle le peut, toutes les mines et tous les pièges ou autres dispositifs dans la zone en question;

iii) informe le chef de la force ou de la mission de l'emplacement de tous les champs de mines, zones minées, mines, pièges et autres dispositifs connus dans la zone où la force ou la mission s'acquitte de ses tâches et, dans la mesure du possible, met à la disposition de ce dernier tous les renseignements en sa possession concernant ces champs de mines, zones minées, mines, pièges et autres dispositifs.

3. Missions d'établissement des faits ou à caractère humanitaire d'organismes des Nations Unies

a) Le présent paragraphe s'applique à toute mission d'établissement des faits ou à caractère humanitaire d'un organisme des Nations Unies.

b) Chaque Haute Partie contractante ou chaque partie à un conflit, si elle en est priée par le chef d'une mission à laquelle s'applique le présent paragraphe:

i) assure au personnel de la mission la protection décrite au paragraphe 2, alinéa b) i), du présent article;

ii) dès lors que la mission a besoin, pour s'acquitter de ses tâches, d'avoir accès à un lieu quelconque placé sous le contrôle de la partie ou de passer par un tel lieu, et afin d'assurer au personnel de la mission un accès sûr à ce lieu ou un passage sûr par ce lieu:

aa) à moins que les hostilités en cours l'empêchent, signale au chef de la mission une voie sûre vers ce lieu, pour autant que la partie dispose des renseignements requis; ou

bb) si les renseignements permettant de déterminer une voie sûre ne sont pas fournis conformément à l'alinéa aa), dégage une voie à travers les champs de mines, pour autant que cela soit nécessaire et qu'il soit possible de le faire.

4. Missions du Comité international de la Croix-Rouge

a) Le présent paragraphe s'applique à toute mission du Comité international

i) soweit es in ihren Kräften steht, die erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Truppe oder Mission vor den Wirkungen von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in einem Gebiet unter ihrer Kontrolle zu schützen,

ii) erforderlichenfalls zum wirksamen Schutz dieses Personals alle Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in dem betreffenden Gebiet, soweit es in ihren Kräften steht, beseitigen oder unschädlich machen, und

iii) den Leiter der Truppe oder Mission über die Lage aller bekannten Minenfelder, verminteten Gebiete, Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in dem Gebiet, in dem die Truppe oder Mission ihre Aufgaben wahrnimmt, in Kenntnis setzen und ihm nach Möglichkeit alle in ihrem Besitz befindlichen Informationen über diese Minenfelder, verminteten Gebiete, Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen zur Verfügung stellen.

(3) Humanitäre Missionen oder Missionen zur Tatsachenermittlung des Systems der Vereinten Nationen

a) Dieser Absatz findet auf jede humanitäre Mission oder Mission zur Tatsachenermittlung des Systems der Vereinten Nationen Anwendung.

b) Jede Hohe Vertragspartei oder an einem Konflikt beteiligte Partei wird, wenn sie vom Leiter einer Mission, auf die dieser Absatz Anwendung findet, darum ersucht wird,

i) dem Personal der Mission den Schutz nach Absatz 2 Buchstabe b Ziffer i gewähren und,

ii) falls der Zugang zu einem Ort unter ihrer Kontrolle oder die Durchfahrt durch ihn zur Wahrnehmung der Aufgaben der Mission erforderlich ist und um dem Personal der Mission den sicheren Zugang zu diesem Ort oder die sichere Durchfahrt durch ihn zu gewähren,

aa) sofern andauernde Feindseligkeiten dies nicht vereiteln, dem Leiter der Mission eine sichere Strecke zu dem betreffenden Ort angeben, falls diese Angaben zur Verfügung stehen, oder

bb) falls Angaben über eine sichere Strecke nach Buchstabe aa nicht gemacht werden, eine Gasse durch Minenfelder freiräumen, soweit dies erforderlich und praktisch möglich ist.

(4) Missionen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz

a) Dieser Absatz findet Anwendung auf jede Mission des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz

Red Cross performing functions with the consent of the host State or States as provided for by the Geneva Conventions of 12 August 1949 and, where applicable, their Additional Protocols.

(b) Each High Contracting Party or party to a conflict, if so requested by the head of a mission to which this paragraph applies, shall:

- (i) provide the personnel of the mission with the protections set out in sub-paragraph 2(b)(i) of this Article; and
- (ii) take the measures set out in sub-paragraph 3(b)(ii) of this Article.

5. Other humanitarian missions and missions of enquiry

(a) Insofar as paragraphs 2, 3 and 4 of this Article do not apply to them, this paragraph applies to the following missions when they are performing functions in the area of a conflict or to assist the victims of a conflict:

- (i) any humanitarian mission of a national Red Cross or Red Crescent society or of their International Federation;
- (ii) any mission of an impartial humanitarian organization, including any impartial humanitarian demining mission; and
- (iii) any mission of enquiry established pursuant to the provisions of the Geneva Conventions of 12 August 1949 and, where applicable, their Additional Protocols.

(b) Each High Contracting Party or party to a conflict, if so requested by the head of a mission to which this paragraph applies, shall, so far as is feasible:

- (i) provide the personnel of the mission with the protections set out in sub-paragraph 2(b)(i) of this Article; and
- (ii) take the measures set out in sub-paragraph 3(b)(ii) of this Article.

6. Confidentiality

All information provided in confidence pursuant to this Article shall be treated by the recipient in strict confidence and shall not be released outside the force or mission concerned without the express authorization of the provider of the information.

de la Croix-Rouge qui s'acquittent de tâches avec le consentement de l'Etat ou des Etats hôtes, tel que le prévoient les Conventions de Genève du 12 août 1949 et, le cas échéant, les Protocoles additionnels à ces Conventions.

b) Chaque Haute Partie contractante ou chaque partie à un conflit, si elle en est priée par le chef d'une mission à laquelle s'applique le présent paragraphe:

- i) assure au personnel de la mission la protection décrite au paragraphe 2, alinéa b) i), du présent article;
- ii) prend les mesures énoncées au paragraphe 3, alinéa b) ii), du présent article.

5. Autres missions à caractère humanitaire et missions d'enquête

a) Le présent paragraphe s'applique aux missions suivantes, dans la mesure où elles ne sont pas visées par les paragraphes 2, 3 et 4 du présent article, lorsqu'elles s'acquittent de tâches dans une zone de conflit ou qu'il s'agit de porter assistance aux victimes d'un conflit:

- i) toute mission à caractère humanitaire d'une société nationale de la Croix-Rouge ou du Croissant-Rouge ou de la Fédération internationale de ces sociétés;
- ii) toute mission d'une organisation impartiale à caractère humanitaire, y compris toute mission de déminage impartiale à caractère humanitaire;
- iii) toute mission d'enquête constituée en application des dispositions des Conventions de Genève du 12 août 1949 ou, le cas échéant, en application des Protocoles additionnels à ces Conventions.

b) Chaque Haute Partie contractante ou chaque partie à un conflit, si elle en est priée par le chef d'une mission à laquelle s'applique le présent paragraphe et autant que faire se peut:

- i) assure au personnel de la mission la protection décrite au paragraphe 2, alinéa b) i), du présent article;
- ii) prend les mesures énoncées au paragraphe 3, alinéa b) ii), du présent article.

6. Confidentialité

Tous les renseignements fournis à titre confidentiel en application des dispositions du présent article doivent être traités d'une manière strictement confidentielle par celui qui les reçoit et ne doivent pas être divulgués à quiconque ne participe pas ou n'est pas associé à la force ou la mission considérée sans l'autorisation expresse de celui qui les a fournis.

tees vom Roten Kreuz, das mit Zustimmung des Aufnahmestaats oder der Aufnahmestaaten Aufgaben nach den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 und, soweit anwendbar, deren Zusatzprotokollen wahrnimmt.

b) Jede Hohe Vertragspartei oder an einem Konflikt beteiligte Partei wird, wenn sie vom Leiter einer Mission, auf die dieser Absatz Anwendung findet, darum ersucht wird,

- i) dem Personal der Mission den Schutz nach Absatz 2 Buchstabe b Ziffer i gewähren und
- ii) die Maßnahmen nach Absatz 3 Buchstabe b Ziffer ii ergreifen.

(5) Andere humanitäre Missionen und Untersuchungsmissionen

a) Soweit nicht die Absätze 2, 3 und 4 auf sie Anwendung finden, findet dieser Absatz Anwendung auf folgende Missionen, wenn sie Aufgaben in einem Konfliktgebiet oder zur Unterstützung der Opfer eines Konflikts wahrnehmen:

- i) jede humanitäre Mission einer nationalen Gesellschaft des Roten Kreuzes oder des Roten Halbmonds oder deren Internationaler Föderation,
- ii) jede Mission einer unparteiischen humanitären Organisation, einschließlich jeder unparteiischen humanitären Minenräummission, und
- iii) jede nach den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 und, soweit anwendbar, deren Zusatzprotokollen eingesetzte Untersuchungsmission.

b) Jede Hohe Vertragspartei oder an einem Konflikt beteiligte Partei wird, falls sie vom Leiter einer Mission, auf die dieser Absatz Anwendung findet, darum ersucht wird, soweit dies praktisch möglich ist,

- i) dem Personal der Mission den Schutz nach Absatz 2 Buchstabe b Ziffer i gewähren und
- ii) die Maßnahmen nach Absatz 3 Buchstabe b Ziffer ii treffen.

(6) Vertraulichkeit

Alle Informationen, die aufgrund dieses Artikels vertraulich zur Verfügung gestellt werden, sind vom Empfänger streng vertraulich zu behandeln und außerhalb der betreffenden Truppe oder Mission nicht ohne ausdrückliche Genehmigung der Partei, die sie zur Verfügung gestellt hat, freizugeben.

7. Respect for laws and regulations

Without prejudice to such privileges and immunities as they may enjoy or to the requirements of their duties, personnel participating in the forces and missions referred to in this Article shall:

- (a) respect the laws and regulations of the host State; and
- (b) refrain from any action or activity incompatible with the impartial and international nature of their duties.

Article 13

Consultations of
High Contracting Parties

1. The High Contracting Parties undertake to consult and cooperate with each other on all issues related to the operation of this Protocol. For this purpose, a conference of High Contracting Parties shall be held annually.

2. Participation in the annual conferences shall be determined by their agreed Rules of Procedure.

3. The work of the conference shall include:

- (a) review of the operation and status of this Protocol;
- (b) consideration of matters arising from reports by High Contracting Parties according to paragraph 4 of this Article;
- (c) preparation for review conferences; and
- (d) consideration of the development of technologies to protect civilians against indiscriminate effects of mines.

4. The High Contracting Parties shall provide annual reports to the Depositary, who shall circulate them to all High Contracting Parties in advance of the Conference, on any of the following matters:

- (a) dissemination of information on this Protocol to their armed forces and to the civilian population;
- (b) mine clearance and rehabilitation programmes;
- (c) steps taken to meet technical requirements of this Protocol and any other relevant information pertaining thereto;
- (d) legislation related to this Protocol;
- (e) measures taken on international technical information exchange, on international cooperation on mine clearance, and on technical cooperation and assistance; and
- (f) other relevant matters.

7. Respect des lois et règlements

Sans préjudice des privilèges et immunités dont ils peuvent jouir ou des exigences de leurs fonctions, les membres des forces et missions visées dans le présent article:

- a) respectent les lois et règlements de l'Etat hôte;
- b) s'abstiennent de toute action ou activité incompatible avec le caractère impartial et international de leurs fonctions.

Article 13

Consultations des
Hautes Parties contractantes

1. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à se consulter et à coopérer entre elles pour ce qui est de toutes questions concernant le fonctionnement du présent Protocole. A cette fin, une conférence des Hautes Parties contractantes se tient chaque année.

2. La participation aux conférences annuelles est régie par le règlement intérieur adopté pour celles-ci.

3. Entre autres, la conférence:

- a) examine le fonctionnement et l'état du présent Protocole;
- b) examine les questions que soulèvent les rapports présentés par les Hautes Parties contractantes conformément au paragraphe 4 du présent article;
- c) prépare les conférences d'examen;
- d) examine l'évolution des technologies afin de protéger la population civile des effets des mines qui frappent sans discrimination.

4. Les Hautes Parties contractantes présentent au Dépositaire, qui en assure la distribution à toutes les Parties avant la conférence, des rapports annuels sur l'une quelconque des questions suivantes:

- a) La diffusion d'informations sur le présent Protocole à leurs forces armées et à la population civile;
- b) Le déminage et les programmes de réadaptation;
- c) Les mesures prises pour satisfaire aux exigences techniques du Protocole et toutes autres informations utiles y relatives;
- d) Les textes législatifs ayant un rapport avec le Protocole;
- e) Les mesures prises concernant l'échange international d'informations techniques, la coopération internationale au déminage ainsi que la coopération et l'assistance techniques;
- f) D'autres points pertinents.

(7) Beachtung der Gesetze und sonstigen Vorschriften

Das Personal, das zu den in diesem Artikel bezeichneten Truppen und Missionen gehört, hat unbeschadet der Vorrechte und Immunitäten, die es möglicherweise genießt, oder der Erfordernisse seiner Pflichten

- a) die Gesetze und sonstigen Vorschriften des Aufnahmestaats zu beachten und
- b) sich jeder Handlung oder Tätigkeit zu enthalten, die mit dem unparteilichen und internationalen Charakter ihrer Pflichten unvereinbar ist.

Artikel 13

Konsultationen der
Hohen Vertragsparteien

(1) Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, einander über alle Fragen im Zusammenhang mit der Wirkungsweise dieses Protokolls zu konsultieren und miteinander zusammenzuarbeiten. Zu diesem Zweck wird jährlich eine Konferenz der Hohen Vertragsparteien abgehalten.

(2) Die Teilnahme an den jährlichen Konferenzen wird durch deren vereinbarte Geschäftsordnung geregelt.

(3) Die Arbeit der Konferenz umfaßt folgendes:

- a) Überprüfung der Wirkungsweise und des Status dieses Protokolls;
- b) Prüfung von Fragen, die sich im Zusammenhang mit Berichten der Hohen Vertragsparteien nach Absatz 4 ergeben;
- c) Vorbereitung von Überprüfungskonferenzen und
- d) Prüfung der Weiterentwicklung von Technologien zum Schutz von Zivilpersonen gegen die unterschiedslose Wirkung von Minen.

(4) Die Hohen Vertragsparteien legen dem Verwahrer jährliche Berichte über folgende Angelegenheiten vor, die dieser vor der Konferenz an alle Hohen Vertragsparteien weiterleitet:

- a) Verbreitung von Informationen über dieses Protokoll unter ihren Streitkräften und unter der Zivilbevölkerung;
- b) Minenräum- und Rehabilitationsprogramme;
- c) Schritte, die unternommen wurden, um den technischen Erfordernissen dieses Protokolls zu entsprechen, und jede sonstige hierzu sachdienliche Information;
- d) Gesetzgebung im Zusammenhang mit diesem Protokoll;
- e) Maßnahmen, die in bezug auf den internationalen Austausch technischer Informationen, die internationale Zusammenarbeit beim Minenräumen und die technische Zusammenarbeit und Hilfe getroffen wurden, und
- f) sonstige einschlägige Angelegenheiten.

5. The cost of the Conference of High Contracting Parties shall be borne by the High Contracting Parties and States not parties participating in the work of the Conference, in accordance with the United Nations scale of assessment adjusted appropriately.

5. Les coûts de la conférence sont couverts par les Hautes Parties contractantes et les Etats qui participent aux travaux de la conférence sans être parties, selon le barème des quotes-parts de l'Organisation des Nations Unies, dûment ajusté.

(5) Die Kosten der Konferenz der Hohen Vertragsparteien werden von den Hohen Vertragsparteien und den sich an der Arbeit der Konferenz beteiligenden Staaten, die keine Vertragsparteien sind, in Übereinstimmung mit dem entsprechend angepaßten Beitragsschlüssel der Vereinten Nationen getragen.

Article 14

Compliance

1. Each High Contracting Party shall take all appropriate steps, including legislative and other measures, to prevent and suppress violations of this Protocol by persons or on territory under its jurisdiction or control.

2. The measures envisaged in paragraph 1 of this Article include appropriate measures to ensure the imposition of penal sanctions against persons who, in relation to an armed conflict and contrary to the provisions of this Protocol, wilfully kill or cause serious injury to civilians and to bring such persons to justice.

3. Each High Contracting Party shall also require that its armed forces issue relevant military instructions and operating procedures and that armed forces personnel receive training commensurate with their duties and responsibilities to comply with the provisions of this Protocol.

4. The High Contracting Parties undertake to consult each other and to co-operate with each other bilaterally, through the Secretary-General of the United Nations or through other appropriate international procedures, to resolve any problems that may arise with regard to the interpretation and application of the provisions of this Protocol.

Article 14

Respect des dispositions

1. Chaque Haute Partie contractante prend toutes les mesures appropriées, législatives et autres, pour prévenir et réprimer les violations des dispositions du présent Protocole qui seraient commises par des personnes ou en des lieux placés sous sa juridiction ou son contrôle.

2. Les mesures visées au paragraphe 1 du présent article comprennent les mesures requises pour faire en sorte que quiconque, intentionnellement, tue ou blesse gravement des civils dans le cadre d'un conflit armé et contrairement aux dispositions du présent Protocole, soit passible de sanctions pénales et soit traduit en justice.

3. Chaque Haute Partie contractante exige en outre que ses forces armées établissent et fassent connaître les instructions militaires et les modes opératoires voulus et que les membres des forces armées reçoivent, chacun selon ses devoirs et ses responsabilités, une formation au respect des dispositions du présent Protocole.

4. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à se consulter et à coopérer entre elles à l'échelon bilatéral, par l'intermédiaire du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies ou suivant d'autres procédures internationales appropriées, en vue de régler tous problèmes qui pourraient se poser concernant l'interprétation et l'application des dispositions du présent Protocole.

Artikel 14

Einhaltung

(1) Jede Hohe Vertragspartei unternimmt alle geeigneten Schritte, einschließlich gesetzgeberischer und sonstiger Maßnahmen, um Verstöße gegen dieses Protokoll durch Personen oder in Gebieten unter ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle zu verhüten und zu unterbinden.

(2) Zu den in Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen gehören geeignete Maßnahmen, um die Verhängung von Strafen gegen Personen sicherzustellen, die im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt und entgegen diesem Protokoll vorsätzlich Zivilpersonen töten oder ihnen schwere Verletzungen zufügen, und um diese Personen vor Gericht zu bringen.

(3) Jede Hohe Vertragspartei verlangt ferner von ihren Streitkräften, daß sie einschlägige militärische Vorschriften und Dienstweisungen herausgeben und daß das Personal der Streitkräfte eine seinen Pflichten und Verantwortlichkeiten zur Einhaltung dieses Protokolls entsprechende Ausbildung erhält.

(4) Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, einander auf bilateraler Ebene, über den Generalsekretär der Vereinten Nationen oder im Rahmen sonstiger geeigneter internationaler Verfahren zu konsultieren und miteinander zusammenzuarbeiten, um Probleme zu lösen, die sich hinsichtlich der Auslegung und Anwendung dieses Protokolls ergeben können.

Technical Annex

1. Recording

(a) Recording of the location of mines other than remotely-delivered mines, minefields, mined areas, booby-traps and other devices shall be carried out in accordance with the following provisions:

(i) the location of the minefields, mined areas and areas of booby-traps and other devices shall be specified accurately by relation to the coordinates of at least two reference points and the estimated dimensions of the area containing these weapons in relation to those reference points;

(ii) maps, diagrams or other records shall be made in such a way as to indicate the location of minefields,

Annexe technique

1. Enregistrement

a) L'enregistrement de l'emplacement des mines autres que celles qui sont mises en place à distance, des champs de mines, des zones minées, des pièges et d'autres dispositifs doit être effectué conformément aux dispositions suivantes:

i) l'emplacement des champs de mines, des zones minées et des zones où ont été mis en place des pièges et d'autres dispositifs est indiqué précisément par rapport aux coordonnées d'au moins deux points de référence, avec les dimensions estimées de la zone contenant ces armes par rapport à ces points de référence;

ii) des cartes, croquis et autres documents sont établis de façon à indiquer l'emplacement des champs de

Technischer Anhang

1. Aufzeichnung

a) Die Aufzeichnung der Lage von Minen außer fernverlegten Minen, von Minenfeldern, verminnten Gebieten, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen ist nach folgenden Bestimmungen vorzunehmen:

i) Die Lage der Minenfelder, verminnten Gebiete und Gebiete mit Sprengfallen und anderen Vorrichtungen ist unter Bezugnahme auf die Koordinaten von mindestens zwei Bezugspunkten und die geschätzten Ausmaße des diese Waffen enthaltenden Gebiets im Verhältnis zu diesen Bezugspunkten genau anzugeben;

ii) Karten, Diagramme und andere Unterlagen sind so anzufertigen, daß die Lage der Minenfelder, ver-

mined areas, booby-traps and other devices in relation to reference points, and these records shall also indicate their perimeters and extent; and

- (iii) for purposes of detection and clearance of mines, booby-traps and other devices, maps, diagrams or other records shall contain complete information on the type, number, emplacing method, type of fuse and life time, date and time of laying, anti-handling devices (if any) and other relevant information on all these weapons laid. Whenever feasible the minefield record shall show the exact location of every mine, except in row minefields where the row location is sufficient. The precise location and operating mechanism of each booby-trap laid shall be individually recorded.

- (b) The estimated location and area of remotely-delivered mines shall be specified by coordinates of reference points (normally corner points) and shall be ascertained and when feasible marked on the ground at the earliest opportunity. The total number and type of mines laid, the date and time of laying and the self-destruction time periods shall also be recorded.

- (c) Copies of records shall be held at a level of command sufficient to guarantee their safety as far as possible.

- (d) The use of mines produced after the entry into force of this Protocol is prohibited unless they are marked in English or in the respective national language or languages with the following information:

- (i) name of the country of origin;
- (ii) month and year of production; and
- (iii) serial number or lot number.

The marking should be visible, legible, durable and resistant to environmental effects, as far as possible.

2. Specifications on detectability

- (a) With respect to anti-personnel mines produced after 1 January 1997, such mines shall incorporate in their construction a material or device that enables the mine to be detected by commonly-available technical mine

mines, zones minées; pièges et autres dispositifs par rapport aux points de référence; leur périmètre et leur étendue y sont également indiqués;

- iii) aux fins de la détection et de l'enlèvement des mines, pièges et autres dispositifs, les cartes, croquis ou autres documents contiennent des renseignements complets sur le type, le nombre, la méthode de mise en place, le type d'allumeur et la durée de vie, la date et l'heure de la pose, les dispositifs antimanipulation (le cas échéant) et les autres informations pertinentes, relativement à toutes les armes ainsi posées; chaque fois que possible, le document relatif à un champ de mines doit indiquer l'emplacement exact de chaque mine, sauf pour les champs où les mines sont disposées en rangées, auquel cas l'emplacement des rangées suffit; l'emplacement exact et le mécanisme de fonctionnement de chaque piège sont enregistrés séparément.

- b) L'emplacement et l'étendue estimés de la zone où se trouvent les mines mises en place à distance doivent être indiqués par rapport aux coordonnées de points de référence (en principe des points situés aux angles), puis vérifiés et, lorsque cela est possible, marqués au sol à la première occasion. Le nombre total et le type de mines posées, la date et l'heure de la pose et le délai d'autodestruction doivent aussi être enregistrés.

- c) Des exemplaires des documents doivent être conservés à un niveau de commandement suffisamment élevé pour garantir autant que possible leur sécurité.

- d) L'emploi de mines fabriquées après l'entrée en vigueur du présent Protocole est interdit à moins qu'elles ne portent les indications suivantes, en anglais ou dans la ou les langues nationales:

- i) nom du pays d'origine;
- ii) mois et année de fabrication;
- iii) numéro de série ou numéro du lot.

Ces indications devraient être visibles, lisibles, durables et résistantes aux effets de l'environnement, autant que faire se peut.

2. Spécifications concernant la détectabilité

- a) Il doit être incorporé dans la structure des mines antipersonnel fabriquées après le 1^{er} janvier 1997 un matériau ou un dispositif qui rend la mine détectable à l'aide d'un matériel courant de détection des mines et qui émet un signal en

minten Gebiete, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen im Verhältnis zu Bezugspunkten erkennbar ist; in diesen Unterlagen sind auch die Außengrenzen und die Ausdehnung anzugeben;

- iii) für die Zwecke des Aufspürens und des Räumens von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen müssen die Karten, Diagramme oder anderen Aufzeichnungen vollständige Informationen über Art, Anzahl, Verlegemethode, Art und Lebensdauer des Zünders, Datum und Uhrzeit des Verlegens, (etwaige) Aufhebesperren und sonstige einschlägige Informationen über alle diese verlegten Waffen enthalten. Soweit praktisch möglich, muß aus dem Minenplan die genaue Lage jeder Mine ersichtlich sein; Im Fall von Minenfeldern, bei denen die Minen in Reihen verlegt sind, genügt die Angabe der Lage der Reihen. Die genaue Lage und der Betätigungsmechanismus jeder verlegten Sprengfalle ist einzeln aufzuzeichnen.

- b) Die geschätzte Lage und das Gebiet fernverlegter Minen sind durch die Koordinaten von Bezugspunkten (üblicherweise Eckpunkte) anzugeben und zum frühestmöglichen Zeitpunkt vor Ort festzustellen und, wenn praktisch möglich, auf dem Boden zu kennzeichnen. Die Gesamtzahl und die Art der verlegten Minen, das Datum und die Uhrzeit des Verlegens und der Zeitraum der Selbstzerstörung sind ebenfalls aufzuzeichnen.

- c) Kopien der Aufzeichnungen sind auf einer Führungsebene aufzubewahren, die hoch genug ist, um ihre Sicherheit soweit wie möglich zu gewährleisten.

- d) Der Einsatz von Minen, die nach Inkrafttreten dieses Protokolls hergestellt werden, ist verboten, sofern sie nicht in englischer Sprache oder in der betreffenden Landessprache beziehungsweise den betreffenden Landessprachen mit folgenden Angaben gekennzeichnet sind:

- Name des Herkunftslands,
- Monat und Jahr der Herstellung und
- Seriennummer oder Losnummer.

Die Kennzeichnung soll sichtbar, lesbar, haltbar und möglichst widerstandsfähig gegen Umwelteinflüsse sein.

2. Technische Merkmale zur Aufspürbarkeit

- a) Antipersonenminen, die nach dem 1. Januar 1997 hergestellt sind, müssen in ihrer Konstruktion ein Material oder eine Vorrichtung enthalten, die das Aufspüren der Mine mit allgemein verfügbarer technischer Minensuchaus-

detection equipment and provides a response signal equivalent to a signal from 8 grammes or more of iron in a single coherent mass.

retour équivalent à celui de 8 grammes de fer ou plus formant une masse unique cohérente.

rüstung ermöglichen und ein Antwortsignal entsprechend einem von einer zusammenhängenden Masse von 8 oder mehr Gramm Eisen ausgehenden Signal erzeugen.

(b) With respect to anti-personnel mines produced before 1 January 1997, such mines shall either incorporate in their construction, or have attached prior to their emplacement, in a manner not easily removable, a material or device that enables the mine to be detected by commonly-available technical mine detection equipment and provides a response signal equivalent to a signal from 8 grammes or more of iron in a single coherent mass.

b) Il doit être incorporé dans la structure des mines antipersonnel fabriquées avant le 1^{er} janvier 1997 ou il doit être attaché à ces mines avant leur mise en place, d'une manière qui en rende le retrait difficile, un matériau ou un dispositif qui rend la mine détectable à l'aide d'un matériel courant de détection des mines et qui émet un signal en retour équivalent à celui de 8 grammes de fer ou plus formant une masse unique cohérente.

b) Antipersonenminen, die vor dem 1. Januar 1997 hergestellt sind, müssen in ihrer Konstruktion ein Material oder eine Vorrichtung enthalten oder an ihnen muß vor dem Verlegen in nicht leicht zu entfernender Weise ein Material oder eine Vorrichtung angebracht worden sein, die das Aufspüren der Mine mit allgemein verfügbarer technischer Minensuchausrüstung ermöglichen und ein Antwortsignal entsprechend einem von einer zusammenhängenden Masse von 8 oder mehr Gramm Eisen ausgehenden Signal erzeugen.

(c) in the event that a High Contracting Party determines that it cannot immediately comply with sub-paragraph (b), it may declare at the time of its notification of consent to be bound by this Protocol that it will defer compliance with sub-paragraph (b) for a period not to exceed 9 years from the entry into force of this Protocol. In the meantime it shall, to the extent feasible, minimize the use of anti-personnel mines that do not so comply.

c) Dans le cas où une Haute Partie contractante juge qu'elle ne peut pas immédiatement respecter la disposition de l'alinéa b), elle peut déclarer, au moment où elle notifie son consentement à être liée par le présent Protocole, qu'elle en différera le respect pendant une période qui ne dépassera pas neuf ans à partir de l'entrée en vigueur du Protocole. Dans l'intervalle, elle limitera, autant que possible, l'emploi des mines antipersonnel non conformes à cette disposition.

c) Stellt eine Hohe Vertragspartei fest, daß sie nicht in der Lage ist, Buchstabe b sofort einzuhalten, so kann sie zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre Zustimmung notifiziert, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, erklären, daß sie die Einhaltung des Buchstabens b für die Dauer von höchstens neun Jahren ab dem Inkrafttreten dieses Protokolls aufschiebt. In der Zwischenzeit hat sie, soweit praktisch möglich, den Einsatz von Antipersonenminen, die den genannten Bestimmungen nicht entsprechen, auf ein Mindestmaß zu beschränken.

3. Specifications on self-destruction and self-deactivation

(a) All remotely-delivered anti-personnel mines shall be designed and constructed so that no more than 10 % of activated mines will fail to self-destruct within 30 days after emplacement, and each mine shall have a back-up self-deactivation feature designed and constructed so that, in combination with the self-destruction mechanism, no more than one in one thousand activated mines will function as a mine 120 days after emplacement.

3. Spécifications concernant l'autodestruction et l'autodésactivation

a) Toutes les mines antipersonnel mises en place à distance doivent être conçues et fabriquées de manière à ce qu'il n'y ait pas plus de 10 % des mines activées qui ne se détruisent pas d'elles-mêmes dans les 30 jours suivant la mise en place. Chaque mine doit également être dotée d'un dispositif complémentaire d'autodésactivation conçu et fabriqué de manière à ce que, du fait de son fonctionnement combiné avec celui du mécanisme d'autodestruction, il n'y ait pas plus d'une mine activée sur 1 000 qui fonctionne encore en tant que mine 120 jours après la mise en place.

3. Technische Merkmale zur Selbstzerstörung und Selbstdeaktivierung

a) Alle fernverlegten Antipersonenminen müssen so entworfen und gebaut sein, daß die Selbstzerstörung bei höchstens 10 v.H. der aktivierten Minen innerhalb von 30 Tagen nach dem Verlegen versagt, und jede Mine muß mit einer zusätzlichen Selbstdeaktivierungsvorrichtung ausgestattet sein, die so entworfen und gebaut ist, daß in Verbindung mit dem Selbstzerstörungsmechanismus höchstens eine von 1000 aktivierten Minen 120 Tage nach dem Verlegen noch als Mine funktionsfähig ist.

(b) All non-remotely delivered anti-personnel mines, used outside marked areas, as defined in Article 5 of this Protocol, shall comply with the requirements for self-destruction and self-deactivation stated in sub-paragraph (a).

b) Toutes les mines antipersonnel qui ne sont pas mises en place à distance et sont utilisées en dehors de zones marquées, telles qu'elles sont définies à l'article 5 du présent Protocole, doivent satisfaire aux exigences concernant l'autodestruction et l'autodésactivation énoncées à l'alinéa a).

b) Alle nicht fernverlegten Antipersonenminen, die außerhalb gekennzeichneten Gebiete im Sinne des Artikels 5 eingesetzt werden, müssen den Erfordernissen über Selbstzerstörung und Selbstdeaktivierung nach Buchstabe a entsprechen.

(c) In the event that a High Contracting Party determines that it cannot immediately comply with sub-paragraphs (a) and/or (b), it may declare at the time of its notification of consent to be bound by this Protocol, that it will, with respect to mines produced prior to the entry into force of this Protocol, defer compliance with sub-paragraphs (a) and/or (b) for a period not to

c) Dans le cas où une Haute Partie contractante juge qu'elle ne peut pas immédiatement respecter les dispositions des alinéas a) et/ou b), elle peut déclarer, au moment où elle notifie son consentement à être liée par le présent Protocole, que, en ce qui concerne les mines fabriquées avant l'entrée en vigueur du Protocole, elle différera le respect de ces dispositions pendant

c) Stellt eine Hohe Vertragspartei fest, daß sie die Buchstaben a und/oder b nicht sofort einhalten kann, so kann sie zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre Zustimmung notifiziert, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, erklären, daß sie in bezug auf Minen, die vor dem Inkrafttreten dieses Protokolls hergestellt wurden, die Einhaltung der Buchstaben a und/oder b für die Dauer von höchstens

exceed 9 years from the entry into force of this Protocol.

During this period of deferral, the High Contracting Party shall:

- (i) undertake to minimize, to the extent feasible, the use of anti-personnel mines that do not so comply; and
- (ii) with respect to remotely-delivered anti-personnel mines, comply with either the requirements for self-destruction or the requirements for self-deactivation and, with respect to other anti-personnel mines, comply with at least the requirements for self-deactivation.

4. International signs for minefields and mined areas

Signs similar to the example attached and as specified below shall be utilized in the marking of minefields and mined areas to ensure their visibility and recognition by the civilian population:

- (a) size and shape: a triangle or square no smaller than 28 centimetres (11 inches) by 20 centimetres (7.9 inches) for a triangle, and 15 centimetres (6 inches) per side for a square;
- (b) colour: red or orange with a yellow reflecting border;
- (c) symbol: the symbol illustrated in the Attachment, or an alternative readily recognizable in the area in which the sign is to be displayed as identifying a dangerous area;
- (d) language: the sign should contain the word "mines" in one of the six official languages of the Convention (Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish) and the language or languages prevalent in that area; and
- (e) spacing: signs should be placed around the minefield or mined area at a distance sufficient to ensure their visibility at any point by a civilian approaching the area."

Article 2

Entry into Force

This amended Protocol shall enter into force as provided for in paragraph 1(b) of Article 8 of the Convention.

une période qui ne dépassera pas neuf ans à compter de la date de l'entrée en vigueur.

Pendant cette période, la Haute Partie contractante:

- i) s'engage à limiter, autant que possible, l'emploi des mines antipersonnel non conformes à ces dispositions;
- ii) satisfait aux exigences relatives à l'autodestruction ou à celles qui concernent l'autodésactivation dans le cas des mines antipersonnel mises en place à distance et satisfait, au minimum, aux exigences concernant l'autodésactivation dans le cas des autres mines antipersonnel.

4. Signalisation internationale des champs de mines et des zones minées

Des signaux similaires à celui de l'exemple figurant en appendice et comme décrits ci-après doivent être utilisés pour marquer les champs de mines et les zones minées afin que ces champs et zones puissent être vus et reconnus par la population civile:

- a) dimensions et forme: triangle ayant un côté d'au moins 28 centimètres (11 pouces) et les deux autres d'au moins 20 centimètres (7,9 pouces), ou carré d'au moins 15 centimètres (6 pouces) de côté;
- b) couleur: rouge ou orange avec un bord réfléchissant jaune;
- c) symbole: symbole représenté dans l'appendice ou un autre symbole qui, dans la zone où le signal doit être installé, soit aisément reconnaissable comme indiquant une zone dangereuse;
- d) langue: le signal devrait comporter la mention «mines» dans l'une des six langues officielles de la Convention (anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe) et dans la ou les langues dominantes de la région;
- e) espacement: les signaux devraient être placés autour du champ de mines ou d'une zone minée à une distance suffisante pour pouvoir être vus en tout point par un civil qui approche de la zone."

Article 2

Entrée en vigueur

Le Protocole modifié entre en vigueur ainsi qu'il est prévu au paragraphe 1, alinéa b), de l'article 8 de la Convention.

neun Jahren nach Inkrafttreten dieses Protokolls aufschiebt.

Während der Dauer des Aufschubs wird die Hohe Vertragspartei

- i) sich verpflichten, den Einsatz von Antipersonenminen, die den genannten Bestimmungen nicht entsprechen, soweit praktisch möglich, auf ein Mindestmaß zu beschränken, und
- ii) in bezug auf fernverlegte Antipersonenminen entweder die Vorschriften über Selbstzerstörung oder die Vorschriften über Selbstdeaktivierung und in bezug auf andere Antipersonenminen mindestens die Vorschriften über Selbstdeaktivierung einhalten.

4. Internationale Zeichen für Minenfelder und verminten Gebiete

Zur Kennzeichnung von Minenfeldern und verminten Gebieten sind Zeichen ähnlich dem beigefügten Beispiel und wie nachstehend ausgeführt zu verwenden, um sicherzustellen, daß sie gut sichtbar und für die Zivilbevölkerung deutlich erkennbar sind:

- a) Größe und Form: Ein Dreieck oder Quadrat, wobei Dreiecke eine Seitenlänge von mindestens 28 cm (11") und 20 cm (7,9") und Quadrate eine Seitenlänge von mindestens 15 cm (6") haben müssen.
- b) Farbe: Rot oder Orange mit gelbem reflektierendem Rand.
- c) Symbol: Das auf dem Beiblatt dargestellte Symbol oder ein anderes Symbol, das in dem Gebiet, in dem das Zeichen angebracht werden soll, als Hinweis auf ein gefährliches Gebiet leicht zu erkennen ist.
- d) Sprache: Das Zeichen soll das Wort „Minen“ in einer der sechs amtlichen Sprachen des Übereinkommens (Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch) und der in dem betreffenden Gebiet üblichen Sprache oder Sprachen enthalten.
- e) Abstand: Die Zeichen sollen um das Minenfeld oder das verminten Gebiet herum in solcher Entfernung angebracht werden, daß sie von einer Zivilperson, die sich dem Gebiet nähert, von jeder Stelle aus gesehen werden können."

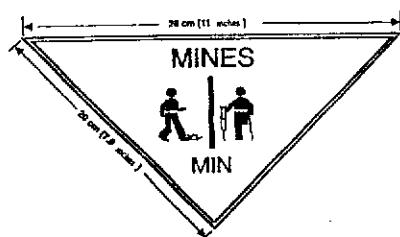
Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses geänderte Protokoll tritt nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens in Kraft.

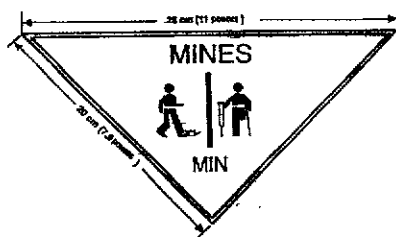
Attachment

Warning sign
for areas containing mines



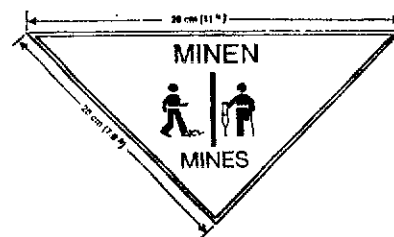
Appendice

Signal de danger
pour les zones où des mines
ont été placées



Anhang

Zeichen für Minenfelder
und verminte Gebiete



**Protokoll vom 13. Oktober 1995
über blindmachende Laserwaffen
(Protokoll IV)
zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980
über das Verbot oder die Beschränkung
des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen,
die übermäßige Leiden verursachen
oder unterschiedslos wirken können**

**Additional Protocol
to the Convention on Prohibitions or Restrictions
on the Use of Certain Conventional Weapons
Which May Be Deemed
to Be Excessively Injurious
or to Have Indiscriminate Effects**

**Protocole additionnel
à la Convention sur l'interdiction ou la limitation
de l'emploi de certaines armes classiques
qui peuvent être considérées
comme produisant des effets traumatiques excessifs
ou comme frappant sans discrimination**

(Übersetzung)

Article 1**Additional Protocol**

The following Protocol shall be annexed to the Convention on Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons Which May Be Deemed to Be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Effects ("the Convention") as Protocol IV:

**"Protocol on
Blinding Laser Weapons
(Protocol IV)"**

Article 1

It is prohibited to employ laser weapons specifically designed, as their sole combat function or as one of their combat functions, to cause permanent blindness to unenhanced vision, that is to the naked eye or to the eye with corrective eyesight devices. The High Contracting Parties shall not transfer such weapons to any State or non-State entity.

Article 2

In the employment of laser systems, the High Contracting Parties shall take all feasible precautions to avoid the incidence of permanent blindness to unenhanced vision. Such precautions shall include training of their armed forces and other practical measures.

Article premier**Protocole additionnel**

Le protocole dont le texte suit est annexé à la Convention sur l'interdiction ou la limitation de l'emploi de certaines armes classiques qui peuvent être considérées comme produisant des effets traumatiques excessifs ou comme frappant sans discrimination («la Convention») en tant que Protocole IV.

**«Protocole relatif
aux armes à laser aveuglantes
(Protocole IV)»**

Article premier

Il est interdit d'employer des armes à laser spécifiquement conçues de telle façon que leur seule fonction de combat ou une de leurs fonctions de combat soit de provoquer la cécité permanente chez des personnes dont la vision est non améliorée, c'est-à-dire qui regardent à l'oeil nu ou qui portent des verres correcteurs. Les Hautes Parties contractantes ne transfèrent de telles armes à aucun État ni à aucune entité autre qu'un État.

Article 2

Dans l'emploi des systèmes à laser, les Hautes Parties contractantes prennent toutes les précautions réalisables pour éviter les cas de cécité permanente chez des personnes dont la vision est non améliorée. De telles précautions comprennent l'instruction de leurs forces armées et d'autres mesures pratiques.

Artikel 1**Zusatzprotokoll**

Das folgende Protokoll wird dem Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können („Übereinkommen“) als Protokoll IV angefügt:

**„Protokoll über
blindmachende Laserwaffen
(Protokoll IV)“**

Artikel 1

Es ist verboten, Laserwaffen einzusetzen, die eigens dazu entworfen sind, sei es als ihre einzige Kampfaufgabe oder als eine ihrer Kampfaufgaben, die dauerhafte Erblindung des unbewehrten Auges, d. h. des bloßen Auges oder des Auges mit Sehhilfe, zu verursachen. Die Hohen Vertragsparteien geben solche Waffen weder an einen Staat noch an eine nichtstaatliche Einrichtung weiter.

Artikel 2

Beim Einsatz von Lasersystemen treffen die Hohen Vertragsparteien alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen, um eine dauerhafte Erblindung des unbewehrten Auges zu vermeiden. Zu solchen Vorsichtsmaßnahmen gehören die Ausbildung ihrer Streitkräfte und andere praktische Maßnahmen.

Article 3

Blinding as an incidental or collateral effect of the legitimate military employment of laser systems, including laser systems used against optical equipment, is not covered by the prohibition of this Protocol.

Article 4

For the purpose of this Protocol 'permanent blindness' means irreversible and uncorrectable loss of vision which is seriously disabling with no prospect of recovery. Serious disability is equivalent to visual acuity of less than 20/200 Snellen measured using both eyes."

Article 2

Entry into force

This Protocol shall enter into force as provided in paragraphs 3 and 4 of Article 5 of the Convention.

Article 3

L'aveuglement en tant qu'effet fortuit ou collatéral de l'emploi militaire légitime de systèmes à laser, y compris les systèmes à laser utilisés contre les dispositifs optiques, n'est pas visé par l'interdiction énoncée dans le présent Protocole.

Article 4

Aux fins du présent Protocole, on entend par «cécité permanente» une perte de la vue irréversible et non corrigable, qui est gravement invalidante sans aucune perspective de recouvrement. Une invalidité grave équivaut à une acuité visuelle inférieure à 20/200, mesurée aux deux yeux à l'aide du test de Snellen.»

Article 2

Entrée en vigueur

Le présent Protocole entre en vigueur ainsi qu'il est prévu aux paragraphes 3 et 4 de l'article 5 de la Convention.

Artikel 3

Erblindung als Neben- oder Begleitwirkung des rechtmäßigen militärischen Einsatzes von Lasersystemen einschließlich der Lasersysteme, die gegen optische Ausrüstung eingesetzt werden, ist vom Verbot dieses Protokolls nicht erfaßt.

Artikel 4

Im Sinne dieses Protokolls bedeutet „dauerhafte Erblindung“ den unumkehrbaren und nicht korrigierbaren Verlust des Sehvermögens, der ohne Aussicht auf Wiederherstellung schwer behindert. Eine schwere Behinderung liegt vor bei einer unter Verwendung beider Augen gemessenen Sehschärfe von weniger als 20/200 Snellen.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Protokoll tritt nach Artikel 5 Absatz 3 und 4 des Übereinkommens in Kraft.

Denkschrift

zum Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung (Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung) und zum Protokoll vom 13. Oktober 1995 über blindmachende Laserwaffen (Protokoll IV) zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen)

Allgemeines

1. Zum Abschluß der ersten Überprüfungskonferenz zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken (VN-Waffenübereinkommen von 1980), einigten sich die verhandelnden Vertragsparteien auf ein revidiertes Protokoll II („Minenprotokoll“) und ein neues Protokoll IV („Laserwaffenprotokoll“).
2. Das revidierte Minenprotokoll und das Laserwaffenprotokoll sind das Ergebnis intensiver Verhandlungen, die über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren auf Regierungsebene stattfanden und bei denen auf wertvolle Vorarbeiten verschiedener, durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) veranstalteter Expertentreffen zurückgegriffen werden konnte. Vier Regierungsexpertentreffen fanden in den Zeiträumen vom 28. Februar bis zum 4. März 1994, vom 16. bis zum 27. Mai 1994, vom 8. bis zum 19. August 1994 und vom 9. bis zum 20. Januar 1995 statt. Die Bundesrepublik Deutschland wirkte auf allen Sitzungen mit verschiedenen Vorschlägen aktiv an der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein revidiertes Minenprotokoll mit. Aus den Beratungen der dritten und vierten Sitzungsperiode ging unter Leitung des deutschen Vorsitzenden ein Laserwaffenprotokoll hervor.
3. Beide Entwürfe wurden zur Grundlage der für den Zeitraum vom 25. September 1995 bis zum 13. Oktober 1995 in Wien anberaumten ersten Überprüfungskonferenz zum VN-Waffenübereinkommen. Unter dem Vorsitz von Botschafter Dr. Hoffmann, dem Leiter der deutschen Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz, wurde das Laserwaffenprotokoll ausgehandelt. Dagegen erforderten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über das angestrebte neue Minenprotokoll, insbesondere über Bestimmungen des Technischen Anhangs zu den Einsatzbeschränkungen und -verboten sowie die Einfügung eines Verifikationsmechanismus zwei weitere Sitzungen (vom 15. bis zum 19. Januar 1996 über offene technische Fragen und eine Abschlusssitzung vom 22. April bis zum 3. Mai 1996) in Genf.
4. Am 3. Mai 1996 verabschiedeten die Vertragsstaaten ein revidiertes Minenprotokoll, in dem sie sich noch nicht auf ein umfassendes Verbot von Antipersonenminen einigten konnten. Beschlossen wurden technische Standards zur Detektierbarkeit und Wirkzeitbegrenzung von Minen. Bedauerlich ist die Option der Staaten, eine Übergangsfrist von bis zu neun Jahren bis zur Verwirklichung dieser Standards in Anspruch nehmen zu können, sowie fehlende substantielle Beschränkungen für den Einsatz von nichtdetektierbaren und fernverlegten Panzerabwehrminen. Darüber hinaus ist enttäuschend, daß ein effektiver Verifikationsmechanismus nicht konsensfähig war. Demgegenüber stellt die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Minenprotokolls auch auf nicht-internationale bewaffnete Konflikte einen wesentlichen Verhandlungserfolg dar. Genauso sind die Transferverbote und -beschränkungen sowie die Vorschrift über technologische Zusammenarbeit und Hilfe bei der Implementierung des Protokolls zu bewerten, auf die sich die Staaten erstmals in einem Vertrag des humanitären Völkerrechts einigen konnten.
5. Die Bundesregierung hat sich im Vorfeld und während der Verhandlungen innerhalb der Staaten der Europäischen Union und mit den Bündnispartnern zur Erarbeitung gemeinsamer Positionen abgestimmt, um diese Vorstellungen in den Verhandlungsprozeß einfließen zu lassen.
6. Die Abschlusserklärung der Überprüfungskonferenz enthält einige politische Absichtserklärungen, die unter anderem die Weiterentwicklung des VN-Waffenübereinkommens betreffen. Die Staaten bekundeten ihren Willen, den Vertrag mit seinen Annexprotokollen einer permanenten Überprüfung zu unterziehen. Überprüfungskonferenzen sollen häufiger, möglicherweise in einem ständigen Rhythmus von fünf Jahren stattfinden; die nächste Konferenz soll nicht später als 2001 abgehalten werden mit eventuell erforderlichen vorbereitenden Expertentreffen im Jahr 2000. Zugleich werden einige Themen genannt, die dann auf der Agenda stehen könnten:
 - die Schaffung eines Verifikationsregimes;
 - bei Landminen: eine stetige Überprüfung der Vorschriften unter besonderer Berücksichtigung humanitärer Belange und ein mögliches Verbot von fernverlegten Antipersonenminen (Schützenabwehrminen), wenn andere verlässliche Alternativen entwickelt sind, die die Gefahren für die Zivilbevölkerung deutlich verringern;
 - bei Laserwaffen: Fragen zum Verbot des Einsatzes, der Herstellung, der Lagerung und des Transfers, zur erblindenden Wirkung beim Einsatz von Lasersystemen, zur Definition der „dauerhaften Erblindung“ und andere relevante Fragen;
 - die Vorbereitung eines weiteren Annexprotokolls über kleinkalibrige Waffen und Munition sowie weiterer Maßnahmen in bezug auf Seeminen.

Darüber hinaus bekräftigten die Staaten in einer feierlichen Erklärung, daß sie

- für ein künftiges Verbot von Antipersonenminen in Übereinstimmung mit der VN-Generalversammlungsresolution 50/70 (O) eintreten,
- der Anwendung der neuen substantiellen Vorschriften des Protokolls II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung und des Protokolls IV schon vor deren Inkrafttreten eine große Bedeutung beimessen,
- die internationale Zusammenarbeit bei der Minenräumung intensivieren werden und
- alle Staaten dazu aufrufen wollen, Vertragsparteien des VN-Waffenübereinkommens mit seinen Protokollen zu werden, damit bis zum Jahr 2000 eine universelle Geltung erreicht wird.

Besonderes

A. VN-Waffenübereinkommen

Das VN-Waffenübereinkommen als Rahmenübereinkommen blieb trotz verschiedener Änderungsvorschläge, die sich insbesondere auf eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs (Artikel 1), das Inkrafttreten (Artikel 5) und die Einberufung zukünftiger Überprüfungskonferenzen (Artikel 8) bezogen, unverändert.

B. Minenprotokoll

1. Schwerpunkt der ersten Überprüfungskonferenz zum VN-Waffenübereinkommen war die Revision des Minenprotokolls. Der unterschiedslose und unkontrollierte Einsatz von Landminen in zahlreichen - vornehmlich innerstaatlichen - bewaffneten Konflikten hat zur Folge, daß weltweit schätzungsweise ca. 100 Millionen ungeräumte Landminen in mehr als 60 Ländern der Erde jede Woche 150 bis 200 Zivilisten töten oder verstümmeln. Nach dem Ende der Feindseligkeiten beeinträchtigen oder verhindern sie den Wiederaufbau eines Landes, behindern die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen und gefährden das Personal von VN-Missionen und humanitären Hilfsorganisationen. Verantwortlich für die zahlreichen Opfer sind vor allem die Antipersonenminen.
2. Deutschland hat auf die Minenproblematik bereits mit nationalen Maßnahmen reagiert. Das ursprünglich für drei Jahre befristete Exportmoratorium für Antipersonenminen vom 1. Juli 1994 wurde mit Kabinettsbeschluß vom 11. Januar 1996 entfristet. Es verbietet den Export aller Arten von Antipersonenminen in alle Länder.
3. Darüber hinaus verzichtete die Bundesrepublik Deutschland bedingungslos auf Antipersonenminen und vernichtet die Bestände der Bundeswehr nach einem festen Zeitplan. Der deutsche Verzicht ist ein konsequenter Schritt, der dem von der Bundesregierung angestrebten Ziel eines weltweiten Verbots von Antipersonenminen entspricht. Er sollte zugleich ein deutliches Signal an die Teilnehmerstaaten der Genfer Konferenz senden, die notwendige Flexibilität und den guten Willen zu zeigen, um die Konferenz durch eine substantielle Stärkung des Protokolls II von 1980 zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

4. Ferner hat sich Deutschland durch die Bereitstellung finanzieller Mittel an Maßnahmen zur Minenräumung beteiligt. Über den EU-Finanzschlüssel flossen von deutscher Seite 1,7 Mio. DM in den durch die Vereinten Nationen im November 1994 eingerichteten Minenräumfonds. Als Ergänzung dazu stellt das Minendokumentationszentrum der Bundeswehr dem Fonds Daten zu rund 500 weltweit vorkommenden Landminentypen zur Verfügung. Auf bilateraler Basis finanziert das Auswärtige Amt mit 10 Mio. DM für 1995-1998 sowie weiteren 10 Mio. DM für 1996 Minenräummaßnahmen in besonders betroffenen Ländern.

5. Obwohl sich eine stetig steigende Zahl von Staaten für ein Verbot von Antipersonenminen ausspricht, konnten während der Überprüfungskonferenz angesichts der militärischen Bedeutung, die viele Staaten insbesondere in Asien den Minen weiter beimessen, noch kein umfassendes Verbot, sondern nur beschränkende Regelungen, welche die negativen humanitären Folgen der militärischen Verwendung von Minen auf die Zivilbevölkerung reduzieren, erreicht werden.

6. Für die weitere Entwicklung strebt die Bundesrepublik Deutschland auf internationaler Ebene ein umfassendes Verbot für Antipersonenminen an. Zugleich ist es vorrangiges Ziel, möglichst bald die universelle Geltung des geänderten Minenprotokolls zu erreichen. Für beide Ziele wird sich Deutschland weiterhin in verschiedenen internationalen Foren engagieren.

7. Das revidierte Minenprotokoll geht in Umfang und Komplexität deutlich über das Minenprotokoll von 1980 hinaus. Neu hinzugekommen sind Vorschriften über Transferverbote und -beschränkungen (Artikel 8), über die Verantwortlichkeit für verlegte Minen (Artikel 3 Abs. 2 i.V.m. Artikel 10), über die technologische Zusammenarbeit und Hilfe (Artikel 11), über die Durchführung von Konsultations- und Kooperationsmaßnahmen bei der Umsetzung des Protokolls (Artikel 13) sowie über die Ahndung von Vertragsverletzungen (Artikel 14). Schwerpunkt der Bestimmungen bilden nach wie vor die verschiedenen Einsatzbeschränkungen und Einsatzverbote (Artikel 3-7) sowie die begleitenden Sorgfaltsmaßnahmen (Artikel 3, 9). Zweck der vorgenommenen Änderungen war es in erster Linie, den Schutz der Zivilbevölkerung zu verbessern.

Artikel 1

8. Artikel 1 legt den Anwendungsbereich des Minenprotokolls hinsichtlich der geregelten Waffenarten (Abs. 1) und der erfaßten Konfliktarten (Abs. 2) fest. Absatz 2 erweitert den Anwendungsbereich von Artikel 1 des Rahmenübereinkommens für das Minenprotokoll auf nicht-internationale bewaffnete Konflikte i.S.d. gemeinsamen Artikels 3 der Genfer Abkommen von 1949, in denen jede - auch eine nichtstaatliche - Konfliktpartei gleichermaßen verpflichtet ist, die Beschränkungen und Verbote des Minenprotokolls einzuhalten (Abs. 3). Nicht erfaßt ist der Waffeneinsatz in Situationen von inneren Unruhen und Spannungen, die keinen bewaffneten Konflikt darstellen (Abs. 2 S. 2) entsprechend Artikel 1 Abs. 2 des

Zusatzprotokolls II zu den Genfer Abkommen von 1977 (ZP II). Ausgenommen vom Anwendungsbereich dieses Protokolls ist damit lediglich der Waffeneinsatz im Rahmen sporadischer Gewaltanwendungen. Durch die Ausdehnung auf nicht internationale bewaffnete Konflikte wird erstmals nahezu die gesamte Regelungsmaterie eines humanitärvölkerrechtlichen Vertrages auf alle bewaffneten Konflikte gleich welcher Art angewendet. Lediglich die Verpflichtungen aus den Artikeln 8 (Transfer), 11 (Technische Zusammenarbeit und Hilfe), 13 (Konsultationen der Hohen Vertragsparteien) und 14 (Einhaltung) richten sich allein an Vertragsparteien. Die Einsatzverbote und -beschränkungen sowie die verschiedenen Schutzmaßnahmen zugunsten der Zivilbevölkerung müssen dagegen von staatlichen und nichtstaatlichen Konfliktparteien gleichermaßen beachtet werden.

Das revidierte Minenprotokoll enthält verschiedene Vorschriften, die ihrem Wesen und ihrer Formulierung nach jederzeit, also auch in Friedenszeiten, anzuwenden sind. Dazu gehören insbesondere

- die verschiedenen Bestimmungen über die Aufzeichnung, die Markierung und die Überwachung von Gebieten, in denen Minen verlegt wurden,
- die Schutzpflichten nach dem Ende der aktiven Feindseligkeiten (Artikel 9 Abs. 2),
- die Verpflichtung zur Kampfmittelbeseitigung nach dem Ende der aktiven Feindseligkeiten (Artikel 3 Abs. 2 i.V.m. Artikel 10),
- die Transferverbote und -beschränkungen (Artikel 8),
- die Vorschriften über den Schutz von friedenserhaltenden und anderen Missionen (Artikel 12),
- die Vorschriften über die Konsultationen der Vertragsparteien und über die Einhaltung des Protokolls (Artikel 13 und 14).

Die genannten Bestimmungen müssen zu jeder Zeit respektiert werden. Dieses Verständnis liegt auch einer Auslegungserklärung zugrunde, die Deutschland zum Abschluß der Überprüfungskonferenz zusammen mit 23 anderen Staaten abgegeben hat. Sie hat folgenden Wortlaut: „It is understood that the provisions of the Protocol shall, as the context requires, be observed at all times.“ („Es wird davon ausgegangen, daß die Bestimmungen des Protokolls, wie es der Zusammenhang erfordert, jederzeit eingehalten werden“).

Artikel 2

9. Die Liste der Begriffsbestimmungen in Artikel 2 ist um einige Definitionen ergänzt worden, die durch die Änderung des Minenprotokolls erforderlich wurden (Antipersonenmine, Nummer 3; Minenfeld, vermintes Gebiet und Scheinminenfeld, Nummer 8; Selbstzerstörungsmechanismus, Nummer 10; Selbstneutralisierungsmechanismus, Nummer 11; Selbstdeaktivierung, Nummer 12; Fernbedienung, Nummer 13; Aufnahmesicherung, Nummer 14; Transfer, Nummer 15). Die wichtigsten Änderungen und Neuerungen werden im Zusammenhang mit den Anwendungsvorschriften angesprochen.

Artikel 3

10. Artikel 3 ist die Kernvorschrift für alle unter das Protokoll fallenden Waffenarten: Minen, Sprengfallen (booby-traps) und andere Vorrichtungen, die mit der Änderung von Artikel 2 Abs. 5 auch improvisierte Sprengvorrichtungen umfassen. Er enthält verschiedene Einsatzverbote und -beschränkungen, die für jeden Einsatz dieser Kampfmittel gelten, sofern ihm nicht andere Regelungen in bestimmten Bereichen nach dem „lex specialis“-Grundsatz vorgehen, insbesondere die Artikel 4-7 eingreifen. Der Regelung kommt eine besondere Bedeutung für nicht fernverlegte Panzerabwehrminen zu, weil für diese keine speziellen Regelungen bestehen.

11. Die Absätze 3, 8, 9, 10, 11 konkretisieren die Bestimmungen der Artikel 35 Abs. 2, 51, 52, 57 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen von 1977 (ZP I) und gewährleisten im Zusammenwirken mit Artikel 2 des Rahmenübereinkommens, daß der durch das ZP I geschaffene Schutzstandard für das Minenprotokoll nicht unterschritten wird. Es wird sichergestellt, daß auch Staaten, die nicht Vertragspartei des ZP I sind, die dort niedergelegten Standards beim Einsatz von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen zu beachten haben.

In Artikel 3 Abs. 8 wird klargestellt, daß Objekte, die normalerweise zivilen Zwecken dienen, im Zweifelsfall, d.h. wenn keine gesicherten Aufklärungserkenntnisse über einen militärischen Charakter vorliegen, als zivile Objekte anzusehen sind und damit kein legitimes Einsatzziel darstellen.

Absatz 9 verlangt, daß deutlich getrennte militärische Ziele innerhalb einer Ansammlung von Zivilpersonen und zivilen Objekten nicht wie ein einziges militärisches Ziel behandelt werden, sondern getrennt bekämpft werden. Damit wird die für das Flächenbombardement geltende Bestimmung des Artikel 51 Abs. 5 lit. a ZP I allgemein auf den Mineneinsatz angewendet.

Bei jedem Einsatz von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen sind die Konfliktparteien gemäß Abs. 10 verpflichtet, alle durchführbaren Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Zivilpersonen zu ergreifen. Die Bestimmung sieht keine zeitliche Abstufung vor, d.h. sie ist während der gesamten Dauer des Waffeneinsatzes zu beachten. Die Durchführbarkeit der Maßnahmen richtet sich nach einer Abwägung humanitärer und militärischer Umstände.

Absatz 11 enthält zusätzlich zur allgemeinen Schutzpflicht des Abs. 10 die Vorauswarnpflicht.

Die Generalklausel des Absatz 4 stellt die Verbindlichkeit der technischen Standards des Technischen Anhangs für jede Waffenkategorie klar. Die Verbote in den Absätzen 5 und 6 haben eine besondere Bedeutung für zukünftige Minenräummaßnahmen. Antidetektiionsvorrichtungen, die speziell dazu bestimmt sind, beim normalen Einsatz von allgemein verfügbarem Minensuchgerät eine Mine durch magnetische oder berührungslose Auslösung zur Detonation zu bringen (Abs. 5), sind völlig verboten. Nach Absatz 6 ist nur der Einsatz von selbstdeaktivierenden Minen

mit einer Aufnahmesicherung verboten, wenn die Aufnahmesicherung länger funktioniert als die Mine selbst.

Artikel 4

12. Artikel 4 verbietet den Einsatz aller Antipersonenminen, die den Detektierbarkeitsanforderungen des Technischen Anhangs nicht genügen. Ergänzt wird die Vorschrift durch ein absolutes Transferverbot nach Artikel 8 Abs. 1 Buchstabe a. Wegen der negativen humanitären Konsequenzen, die in erster Linie nach dem Ende der Feindseligkeiten zivilen Fahrzeugen und auch Fahrzeugen von humanitären VN-Missionen drohen, bleibt ein Verbot von nicht-detektierbaren Panzerabwehrminen weiterhin Ziel der Bundesregierung.
13. Der Begriff „Antipersonenmine“, der neben Artikel 4 auch in den Artikeln 5, 6 und 8 verwendet wird, ist für das Minenprotokoll in Artikel 2 Abs. 3 erstmalig definiert worden. Wesensmerkmal ist, daß diese Minen vorrangig dazu bestimmt sind, von einer Person zur Explosion gebracht zu werden, um eine oder mehrere Personen kampfunfähig zu machen, zu verletzen oder zu töten. Unerheblich ist es dabei prinzipiell, ob die Zweckbestimmung schon durch den Hersteller oder erst durch den Verwender vorgenommen wird. Das Adverb „primarily“ verdeutlicht, daß allein auf den Hauptzweck abzustellen ist. Danach wird eine Panzerabwehrmine mit einer Aufnahmesicherung, die dazu dient, die Mine beim Versuch der Aufspürung, des Entschärfens oder der Räumung zur Explosion zu bringen, im Sinne des Minenprotokolls nicht zu einer Antipersonenmine. Die Bundesrepublik Deutschland hat zum Abschluß der Überprüfungskonferenz zusammen mit 19 weiteren Staaten eine entsprechende Auslegungserklärung abgegeben. Sie hat folgenden Wortlaut: „It is understood that the word ‚primarily‘ is included in Article 2, paragraph 3 of the revised Protocol II to clarify that mines designed to be detonated by the presence, proximity or contact of a vehicle, as opposed to a person, that are equipped with anti-handling devices, are not considered anti-personnel mines as a result of being so equipped.“ („Es wird davon ausgegangen, daß der Ausdruck „in erster Linie“ in Artikel 2 Nummer 3 des revidierten Protokolls II aufgenommen wurde, um klarzustellen, daß Minen, die dazu bestimmt sind, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung eines Fahrzeugs – und nicht einer Person – zur Explosion gebracht zu werden, und die mit Aufhebesperren versehen sind, aufgrund dieser Vorrichtung nicht als Antipersonenminen angesehen werden“).
14. Einige Staaten benötigen eine Übergangsregelung, um ihre vorhandenen Minenbestände weiter nutzen zu können und ihre Produktion auf die neuen Anforderungen einzustellen. Aus diesem Grund unterscheidet Absatz 2 des Technischen Anhangs zwischen Antipersonenminen, die vor dem 1. Januar 1997 produziert worden sind (Altminen), und solchen, die nach diesem Zeitpunkt hergestellt werden (Neuminen). Neuminen müssen zukünftig den strengen Detektierbarkeitsanforderungen nach Buchstabe a genügen. Die Antipersonenmine muß während der gesamten Dauer des Einsatzes, d.h. bis zur Räumung bzw. bis zum Ende der Wirkzeit, durch ein all-

gemein erhältliches Minensuchgerät aufgefunden werden können. Zusätzlich ist vorgesehen, daß von der Mine ein Antwortsignal ausgehen muß, daß dem einer zusammenhängenden Eisenmasse von acht Gramm entspricht. Wenn diese Anforderungen erfüllt werden, gilt eine Mine als detektierbar.

Im Unterschied dazu können Altminen auch provisorisch detektierbar gemacht werden. Die Detektionshilfe, die ebenfalls ein Antwortsignal entsprechend acht Gramm Eisen aussenden muß, wird dabei an der äußeren Seite des Minenkörpers angebracht, z.B. in der Form eines metallenen Klebebands. Spätestens vor ihrem Einsatz sind die Altminen elektromagnetisch detektierbar zu machen. Buchstabe c sieht dabei eine Anlaufphase von neun Jahren nach dem Inkrafttreten des Protokolls vor, die zusammen mit der Zustimmung zu dem Vertrag notifiziert werden muß. Die Übergangszeit bezieht sich nur auf Altbestände und solche, die bis zum Stichtag noch produziert werden. Die Bundesrepublik Deutschland wird die Übergangszeit nicht in Anspruch nehmen.

Artikel 5

15. Artikel 5 bezieht sich auf alle nicht fernverlegten Antipersonenminen. Darunter fallen nach Artikel 2 Nummer 2 nunmehr auch solche Antipersonenminen, die von einem landgestützten System über eine Distanz von weniger als 500 Metern verlegt werden, sofern sie entsprechend Artikel 5 und den anderen für nicht fernverlegte Antipersonenminen geltenden Vorschriften eingesetzt werden. Antipersonenminen, die aus der Luft, beispielsweise aus einem Hubschrauber oder aus einem anderen Luftfahrzeug, auch aus einer niedrigen Höhe abgeworfen werden, unterfallen nach wie vor den Vorschriften über fernverlegte Minen. Artikel 5 ist eine der wichtigsten Vorschriften des Minenprotokolls, da er Einsatzbeschränkungen für die gegenwärtig gebräuchlichste Minenart enthält.
16. Der Einsatz von nicht fernverlegten Antipersonenminen ohne Wirkzeitbegrenzung durch Selbstzerstörungsmechanismen und Selbstdeaktivierung ist im Grundsatz verboten (Abs. 2). Eine Ausnahme ist nur dann vorgesehen, wenn neben den allgemeinen Einsatzverboten und -beschränkungen des Artikels 3 strenge Sorgfaltsmaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ergriffen werden. Die Sorgfaltspflichten entstehen, sobald auch nur eine Antipersonenmine ohne Wirkzeitbegrenzung in einem Minenfeld verlegt wird.
- Dazu besteht die Verpflichtung, die Gebiete an ihrer Umgrenzung zu markieren, sie einzuzäunen und zu überwachen. Anhaltspunkte für die genaue Durchführung der Markierung enthält Absatz 4 des Technischen Anhangs.
- Buchstabe b verpflichtet die Konfliktparteien zur Räumung der Kampfmittel, wenn ein verminntes Gebiet aufgegeben wird, es sei denn, die Streitkräfte eines anderen Staates übernehmen die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Schutzmaßnahmen und die spätere Räumung. Hierbei handelt es sich um eine Spezialregelung, die der allgemein nach Artikel 10 bestehenden Räumspflicht vorgeht. Nach deutschem Verständnis, das in einer Auslegungserklärung am Ende der Überprüfungskonferenz zusammen mit 16 anderen Staaten bekundet wurde, schließt die

Bestimmung nicht aus, daß die Verantwortlichkeiten nach diesem Absatz in einem Übereinkommen zwischen betroffenen Staaten (z. B. einem Friedensvertrag) abweichend geregelt werden. Die Auslegungserklärung hat folgenden Wortlaut: „It is understood that Article 5, paragraph 2 (b) does not preclude agreement among the states concerned, in connection with peace treaties or similar arrangements, to allocate responsibilities under paragraph 2 (b) in another manner which nevertheless respects the essential spirit and purpose of the article“. („Es wird davon ausgegangen, daß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b eine Einigung zwischen den betroffenen Staaten im Zusammenhang mit Friedensverträgen oder ähnlichen Vereinbarungen nicht ausschließt, in denen die in Absatz 2 Buchstabe b geregelten Verantwortlichkeiten in einer anderen Weise verteilt werden, die gleichwohl den wesentlichen Geist und Zweck der Bestimmungen dieses Artikels achtet“).

Eine Ausnahme von der Verpflichtung zu Markierung, Überwachung, Einzäunung und Räumung sieht Absatz 3 vor, wenn die Befolgung wegen des durch feindliche Kampfhandlungen gewaltsam herbeigeführten Verlusts der Kontrolle über das betreffende Gebiet unmöglich wird. Dazu zählen auch Situationen, in denen die Durchführung durch direkte militärische Feindeinwirkung vereitelt wird. Die Ausnahmeregelung ist zeitlich auf die Dauer des Kontrollverlustes beschränkt. In Anbetracht dessen, daß der Einsatz von Antipersonenminen ohne Wirkzeitbegrenzung wegen der von ihnen ausgehenden besonderen Gefährdung der Zivilbevölkerung stärker eingeschränkt werden sollte, ist die Ausnahme daher eng auszulegen. Nach deutschem Verständnis ist eine Konfliktpartei nur von der Vornahme und Aufrechterhaltung der Sorgfaltspflichten befreit, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der dazu eingesetzten Soldaten besteht.

Absatz 4 betrifft den Fall, daß eine dritte Konfliktpartei die Kontrolle über ein verminntes Gebiet erlangt. Sie ist dann dazu verpflichtet, in größtmöglichem Umfang vorhandene Schutzmaßnahmen aufrechtzuerhalten oder fehlende vorzunehmen, bis die Minen beseitigt sind. Die dritte Konfliktpartei übernimmt damit die Pflichten der Konfliktpartei, die die Minen verlegt hat, oder derjenigen Konfliktpartei, die zwischenzeitlich die Kontrolle über das Gebiet ausübte.

Nach Absatz 5 werden die Konfliktparteien verpflichtet, alle praktisch möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die unbefugte Beseitigung, Verunstaltung, Zerstörung oder Tarnung der nach Absatz 2 und 4 angebrachten Markierungen zu verhindern. Das Vorgehen liegt hier im Ermessen der Konfliktparteien.

Für nicht fernverlegte Antipersonenminen mit Horizontalsplitterwirkung besteht in Absatz 6 eine Sonderregelung, die ihren Einsatz für maximal 72 Stunden ohne die Schutzmaßnahmen nach Absatz 2 Buchstabe a erlaubt. Voraussetzung für einen rechtmäßigen Einsatz ist, daß sich diese Waffen in unmittelbarer Nähe der Truppe befinden, die sie verlegt hat, und daß das Gebiet von Militärpersonal bewacht wird, um Zivilpersonen wirksam fernzuhalten.

17. Die Voraussetzungen für einen rechtmäßigen Einsatz von Antipersonenminen mit begrenzter Lebensdauer ergeben sich zunächst aus den allgemeinen Vor-

schriften, insbesondere aus Artikel 3. Darüber hinaus müssen sie die technischen Standards für die Wirkzeitbegrenzung aus Absatz 3 des Technischen Anhangs erfüllen. Minen, die nicht den kombinierten Standard aus Selbstzerstörungsmechanismus und Selbstdeaktivierung und die Verlässlichkeitsanforderungen erfüllen, unterliegen den Einsatzanforderungen für Antipersonenminen ohne Wirkzeitbegrenzung.

Der Technische Anhang sieht ein zweistufiges Sicherungssystem vor: Die erste Stufe ist ein Selbstzerstörungsmechanismus, der mit einer Zuverlässigkeit von 90% die aktivierten Minen nach spätestens 30 Tagen zerstören muß. Die zweite Stufe besteht aus einer Selbstdeaktivierungsvorrichtung, die dafür sorgen muß, daß 120 Tage nach der Verlegung 99,9% der aktivierten, einschließlich der bereits zerstörten Minen funktionsunfähig werden. Diese hohe Verlässlichkeit trägt den Anforderungen der Vereinten Nationen an den Qualitätsstandard bei der humanitären Minenräumung Rechnung.

Ähnlich wie bei den Detektierbarkeitserfordernissen konnten einige Staaten den Standards nur nach der Gewährung einer Option auf eine Übergangsphase für Altminen (maßgeblicher Zeitpunkt ist hier das Inkrafttreten des Protokolls) zustimmen, die bei der Ratifikation oder beim Beitritt notifiziert werden muß. Der nach langen Verhandlungen konsentierter Zeitraum beträgt neun Jahre vom Inkrafttreten des Protokolls an. In der Anlaufphase ist der Einsatz von Minen zum einen zu minimieren und zum anderen müssen sie zumindest die für die Selbstdeaktivierung geltenden Anforderungen erfüllen. Damit ist für die Zukunft gewährleistet, daß außerhalb abgesicherter Gebiete nur noch Antipersonenminen mit einer Wirkzeitbegrenzung verlegt werden dürfen. Dies bedeutet einen entscheidenden Schritt, die mit der Langzeitwirkung verbundenen unterschiedslosen Wirkungen des Mineneinsatzes zu begrenzen.

Artikel 6

18. Eine Verschärfung der Einsatzbeschränkungen für fernverlegte Minen war wegen der besonderen Gefährlichkeit für die Zivilbevölkerung ein wesentlicher Verhandlungsgegenstand bei der Überprüfungskonferenz.
19. Im Unterschied zum Minenprotokoll von 1980 muß nunmehr bei jedem Einsatz von fernverlegten Minen ein Lagenachweis in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Technischen Anhangs (Abs. 1 Buchstabe b) angefertigt werden. Dies gilt sowohl für Antipersonenminen als auch für Panzerabwehrminen.
20. Zusätzlich zu den Aufzeichnungspflichten sieht Absatz 2 vor, daß fernverlegte Antipersonenminen mit Wirkzeitbegrenzung ausgestattet sein müssen. Die zu erfüllenden Standards sind in Absatz 3 des Technischen Anhangs niedergelegt und entsprechen denen für nicht fernverlegte Antipersonenminen, die nicht in markierten, eingezäunten und bewachten Gebieten i.S.v. Artikel 5 verwendet werden.
21. Während die Regelung für fernverlegte Antipersonenminen ein echter Fortschritt auf dem Weg zu einem verbesserten Schutz der Zivilbevölkerung ist, ist eine Wirkzeitbegrenzung für fernverlegte Panzerabwehrminen nur vorgesehen, soweit es praktisch durch-

föhrbar ist. Zusätzlicb zur Selbstdeaktivierung können dazu alternativ Selbstzerstörungs- oder Selbstneutralisierungsmechanismen verwendet werden. Verlässlicbkeitsstandards und eine zeitlicb genau bestimmte Wirkzeit sind nicht festgelegt. Die Dauer der Funktionsfähigkeit der Mine wird lediglicb an den militärischen Zweck geknüpft, der mit der Verlegung verfolgt wird. Eine Erböbung des Schutzstandards bei diesen Minentypen zugunsten der Zivilbevölke- rung wird weiterhin deutsche Zielsetzung bleiben.

22. Absatz 4 wiederholt speziell für den Einsatz aller Fernverlegten Minen die bereits in Artikel 3 Abs. 11 allgemein für jeden Mineneinsatz niedergelegte Vorauswarpflicht.

Technischer Anhang, Absatz 1 Buchstabe d

23. Ein weiteres Einsatzverbot für bestimmte Minenarten enthält der Technische Anhang in Absatz 1 Buchstabe d. Er sieht vor, daß Minen, die nach dem Inkrafttreten des Protokolls hergestellt werden, dann nicht mehr verwendet werden dürfen, wenn auf ihnen nicht der Name des Herkunftslands, das genaue Produktionsdatum und die Seriennummer sichtbar, leserlicb, haltbar und widerstandsfähig gegen Umwelteinflüsse angebracht ist. Die genannten Identifikationsmerkmale können eine Hilfe für die humanitäre Minenräumung darstellen, weil sie es ermöglichen, den Minentyp leichter zu erkennen und Rückschlüsse auf die Funktionsweise zu ziehen.

Artikel 7

24. Im Hinblick auf Sprengfallen (booby-traps) enthält Artikel 7 in Absatz 1 und 2 keine inhaltlicben Änderungen zum Minenprotokoll von 1980. Neu ist, daß der Verbotsbereich auch auf andere Vorrichtungen ausgedebnt wurde. Für Antipersonenminen ist diese Regelung wegen der neuen, verschärften Einsatzbeschränkungen nicht wieder aufgenommen worden. Insbesondere der neue Artikel 5 geht für Antipersonenminen ohne Wirkzeitbegrenzung über den bislang geltenden Artikel 4 hinaus.

Artikel 8

25. Mit Artikel 8 enthält das Minenprotokoll erstmals eine Bestimmung, die den Transfer von Minen Beschränkungen und Verboten unterwirft. Der Begriff „Transfer“ i.S.d. Minenprotokolls erfaßt die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Minen auf dem Staatsgebiet einer Vertragspartei. Eingeschlossen ist die Übertragung von Eigentums- und Verfügungsrechten, nicht dagegen die Übergabe eines verminnten Gebiets (Artikel 2 Nummer 15). Trotz des zäben Widerstandes bis in die Endphase der Überprüfungs-konferenz konnte mit Artikel 8 eine Bestimmung vereinbart werden, die einen ersten Schritt zur Begrenzung der Proliferation von Minen darstellt.
26. Die Vertragsstaaten haben dafür Sorge zu tragen, daß jeder Transfer gemäß Artikel 8 unter umfassender Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des Minenprotokolls und der entsprechenden Normen des humanitären Völkerrechts stattfindet (Abs. 1 Buchstabe d). Nach Artikel 8 Abs. 1 Buchstabe a ist zukünftig der Transfer von Waffen, deren Einsatz nach diesem Protokoll allgemein verboten ist, untersagt.

Drei uneingeschränkte Einsatzverbote beinhaltet das Minenprotokoll: das Verbot von nicht detektierbaren Antipersonenminen im Sinne des Artikels 4, das Verbot von fernverlegbaren Antipersonenminen ohne Wirkzeitbegrenzung entsprechend den Vorgaben des Technischen Annex und das Verbot des Einsatzes von nach dem Inkrafttreten des Protokolls produzierten Minen, die nicht mit Angaben über das Herkunftsland, den Monat und das Jahr der Herstellung sowie mit der Seriennummer gekennzeichnet sind (Absatz 1 Buchstabe d Technischer Anhang).

Das für diese Waffen festgelegte umfassende Transferverbot gilt nach Absatz 2 auch während der Zeit, in der ein Vertragsstaat von der Übergangsregelung für nicht detektierbare Antipersonenminen oder fernverlegte Antipersonenminen ohne Wirkzeitbegrenzung entsprechend dem Technischen Anhang Gebrauch macht. Absatz 3 enthält schließlich die politisch verbindlicbe Zusage der Vertragsparteien, die Transferbeschränkungen in Absatz 1 Buchstabe a bereits ab Verabschiedung des Protokolls anzuwenden.

Absatz 1 Buchstabe b verbietet jeglicben Minentransfer an nichtstaatlicbe Gruppen. Ein Transfer ist nur noch zulässig, wenn der Transfer unmittelbar an einen Staat oder an eine offizielle Stelle erfolgt, die zur Entgegennahme berecbtigt ist. Neben diesen umfassenden Verboten besteht die Verpflichtung nach Buchstabe c, einen Transfer von Minen einzuschränken, deren Einsatz nach diesem Protokoll Beschränkungen unterliegt. Dazu zählen alle Minenarten, weil jeglicbe Minenverwendung zumindest den allgemeinen Beschränkungen des Artikel 3 unterliegt. Ein Bestandteil der Begrenzungspflicht ist die ausdrücklicbe Untersagung des Transfers von Antipersonenminen an Nichtvertragsstaaten des geänderten Protokolls, wenn der Empfängerstaat sich nicht einverstanden erklärt, die Vorschriften des Protokolls anzuwenden. Es besteht allerdings keine Verpflichtung für den Empfangsstaat, formell Vertragspartei zu werden.

27. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Transfer von Kriegswaffen bereits im Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz stark eingeschränkt (insbesondere in § 6 Abs. 3 S. 2 i.V.m. § 3 KWKG; Verbote und Beschränkungen nach § 2 Abs. 1, 5, 7 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 AWG i.V.m. § 5 AWW). Hinzu kommt, daß durch das Exportmoratorium für Antipersonenminen über die Anforderungen des Minenprotokolls hinausgehend die Ausfuhr dieser gesamten Waffenkategorie mit Ausnahme des eng begrenzten Transfers zu Übungs- und Ausbildungszwecken untersagt wird.

Artikel 9

28. Artikel 9 Abs. 1 enthält eine umfassende Aufzeichnungspflicht entsprechend den Vorgaben von Absatz 1 des Technischen Anhangs. Sie besteht für alle Minenarten unabhängig davon, ob sie eine begrenzte Wirkzeit haben oder nicht. Die Vorschrift wird zum Schutz der Zivilbevölke- rung und der eigenen Truppe beitragen. Wie bisher müssen die Aufzeichnungen von den Konfliktparteien aufbewahrt werden (Absatz 1 Buchstabe c Technischer Anhang), die unverzüglich nach dem Ende der aktiven Feindseligkeiten alle notwendigen und angemessenen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölke- rung vor den

zurückgebliebenen Waffen in von ihnen kontrollierten Gebieten ergreifen müssen. Dazu sollen sie sich auch der in den Aufzeichnungen enthaltenen Informationen bedienen (Absatz 2 S. 2).

Zu demselben Zeitpunkt sind die Konfliktparteien verpflichtet, die sich in ihrem Besitz befindlichen Informationen über Minenfelder, verminten Gebiete, Minen, Sprengfallen und andere Vorrichtungen in nicht mehr von ihnen kontrollierten Gebieten der gegnerischen Konfliktpartei und dem VN-Generalsekretär offenzulegen. Sofern noch Gebiete von feindlichen Truppen besetzt sind, haben die Konfliktparteien ähnlich wie bisher die Möglichkeit, unter bestimmten, neu eingefügten Voraussetzungen die Informationen für diese Zeit zurückzuhalten. Infolgedessen gilt in besetzten Gebieten zwingend nur die allgemeine Schutzpflicht nach Artikel 9 Abs. 2 S. 2. Darüber hinaus werden die Konfliktparteien aufgefordert, einvernehmlich zum frühestmöglichen Zeitpunkt, also auch schon vor dem Ende der aktiven Feindseligkeiten oder während einer Besatzungssituation, in Übereinstimmung mit ihren Sicherheitsinteressen für die Freigabe der Informationen zu sorgen (Artikel 9 Abs. 2 S. 4). Im übrigen läßt der Artikel die Bestimmungen der Artikel 10 und 12 unberührt.

29. Zur Konkretisierung der Aufzeichnungspflicht enthält der Technische Anhang Standards, die es ermöglichen sollen, Minen, Sprengfallen und andere Vorrichtungen wieder aufzufinden und unschädlich zu machen. Sie enthalten deutlich höhere Anforderungen an den kartographischen Lagenachweis von nicht fernverlegten Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen als von fernverlegten Minen. Dies trägt dem Umstand Rechnung, daß beim Einsatz dieser Minentypen eine geringere Verlegegenauigkeit besteht, so daß nur ihre erwartete Lage festgehalten werden kann. Im Gegensatz zum alten Minenprotokoll sind die festzuhaltenden Informationen nicht mehr nur auf die geographische Lage der Waffen beschränkt. Entsprechend der unter anderem von Deutschland 1980 in einer Schlußerklärung eingenommenen Position umfaßt die Aufzeichnungspflicht nunmehr auch weitergehende Informationen über die Art und Anzahl der Waffen, Aufnahmesicherungen, Verlegemuster, Lebensdauer etc.

Artikel 10 i.V.m. Artikel 3 Abs. 2

30. Ein wichtiger Erfolg der Überprüfungskonferenz ist Artikel 3 Abs. 2, in dem den Vertragsparteien und nichtstaatlichen Konfliktparteien in Übereinstimmung mit den sonstigen Vorschriften des Protokolls die Verantwortlichkeit für selbstgelegte Minen zugewiesen wird. Die wichtigste Konkretisierung der Verantwortlichkeit enthält Artikel 10. Demzufolge müssen unmittelbar nach Beendigung der aktiven Feindseligkeiten alle eingesetzten Waffen geräumt, beseitigt, zerstört oder zumindest unter Beibehaltung der Schutzvorkehrungen nach Artikel 3 und 5 Abs. 2 kontrolliert werden (Artikel 10 Abs. 1). Diese Pflicht besteht für Konfliktparteien unmittelbar mit Blick auf Gebiete unter ihrer Kontrolle. Hinsichtlich der anderen Gebiete, in denen sich von dieser Partei verlegte Waffen befinden, muß einer anderen Partei, soweit diese es zuläßt, technische und materielle Hilfe geleistet werden, damit die andere Partei ihrer Verpflichtung

nach Absatz 2 nachkommen kann. Absatz 4 nimmt die Regelung des geltenden Artikel 9 im wesentlichen unverändert auf und ermutigt die Staaten, zu jeder Zeit Kooperationsabkommen über die Bereitstellung technischer und materieller Hilfe abzuschließen, um ihren Verpflichtungen nach Artikel 10 nachzukommen. Diese Bestimmung ist vor allem für solche Staaten bedeutsam, die über keine oder nur ungenügende Kampfmittelbeseitigungskapazitäten verfügen und auf Hilfe von anderen Staaten oder internationalen Organisationen angewiesen sind.

Artikel 11

31. Artikel 11 ist eine neuartige Vorschrift im humanitären Völkerrecht. Erstmals enthält ein Vertrag aus diesem Rechtsbereich eine detaillierte Bestimmung über die technische Zusammenarbeit und Hilfe.
32. Absatz 1 hält die Vertragsparteien dazu an, den Austausch von technischer Ausstattung und Material sowie wissenschaftlicher und technologischer Informationen zur Implementierung des Protokolls (zum Erreichen der neuen technischen Standards) und zur Minenräumung zu erleichtern. Es bleibt den Vertragsparteien überlassen, das „ob“ und das „wie“ zu regeln. Im Hinblick auf die Minenräumung zu humanitären Zwecken werden die Staaten aufgefordert, keine ungebührlichen Beschränkungen dafür aufzuerlegen. Im Umkehrschluß folgt daraus, daß militärisch sensible Bereiche nach wie vor strengen nationalen Beschränkungen unterliegen dürfen. Das Recht auf Partizipation besteht nicht unbeschränkt, sondern nur in größtmöglichem Umfang.

Absatz 6 nimmt den Gedanken von Absatz 1 noch einmal auf und stellt klar, daß die technologische Kooperation und der Technologietransfer zur Implementierung der Verbote und Beschränkungen des geänderten Protokolls unbeschadet der verfassungsrechtlichen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen der Vertragsparteien erfolgt. Betroffen ist hier die Technologie, die zur Erreichung der geforderten technischen Standards für die Detektierbarkeit sowie Selbstzerstörung und Selbstdeaktivierung erforderlich ist. Die Aufnahme einer Vorschrift, die ausdrücklich den Technologietransfer in diesem Bereich regelt, war für viele Staaten das „quid pro quo“ für die Zustimmung zu den neuen technischen Standards. Daher enthält diese Bestimmung das grundsätzliche Recht, um technische Hilfe zu ersuchen und sie zu bekommen, damit die vorgesehenen Übergangszeiten reduziert werden können.

33. Absatz 2 hält die Vertragsparteien an, zukünftig Informationen, die für die Minenräumung zu humanitären Zwecken relevant sind (u.a. auch über verschiedene Mittel und Technologien der Minenräumung), an die von den Vereinten Nationen eingerichtete Datenbank zur Minenräumung weiterzugeben. In Ergänzung dazu soll jede Vertragspartei im Rahmen ihrer Möglichkeiten zukünftig entweder Hilfe zur Minenräumung oder Beiträge zum VN-Minenräumfonds leisten (Abs. 3). Die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten können nur von den Vertragsparteien selbst evaluiert werden. Damit werden gerade auch ärmere Staaten geschützt: Eine obligatorische Beitragszahlung könnte die Länder überfordern und ein Hindernis für die Zustimmung zu diesem Protokoll darstellen.

34. Sofern Vertragsstaaten einem Minenproblem ausgesetzt sind, können sie ein Unterstützungersuchen an die Vereinten Nationen, andere geeignete Einrichtungen oder andere Staaten richten. Wenn das Ersuchen an die Vereinten Nationen gerichtet wird, obliegt es dem VN-Generalsekretär, die Lage zu sondieren und zusammen mit dem ersuchenden Staat die angemessenen Schritte für die Hilfeleistung auszuarbeiten (Abs. 4 und 5). Maßnahmen, die außerhalb des VN-Systems initiiert werden, werden nicht näher geregelt. Hier bleibt die Verantwortung für die Schaffung der rechtlichen und praktischen Rahmenbedingungen bei dem ersuchenden Staat und den hilfeleistenden internationalen oder nationalen Einrichtungen.

Artikel 12

35. Die bereits nach dem Minenprotokoll von 1980 bestehende Verpflichtung, alle praktisch möglichen Maßnahmen zum Schutz von Truppen und Missionen der Vereinten Nationen, die Aufgaben der Friedenssicherung, Beobachtung oder ähnliche Aufgaben ausüben, zu ergreifen, wird in Artikel 12 auf andere Missionen ausgedehnt. Sie gilt sowohl für staatliche als auch für nichtstaatliche Konfliktparteien. Dies ist uneingeschränkt zu begrüßen, weil auch das Personal des IKRK, anderer unparteilicher humanitärer Organisationen etc. wichtige Funktionen in Konfliktgebieten ausüben, in denen sie durch Minen gefährdet werden können. Der höchste Schutzstandard wird dem Personal von VN-Truppen und -Missionen sowie Missionen von regionalen Abmachungen nach Kapitel VIII der VN-Charta gewährt. Sie haben ggf. einen Anspruch darauf, daß die Konfliktparteien, soweit zum Schutz erforderlich, auf Aufforderung des Leiters der Mission/Truppe Minen, Sprengfallen und andere Vorrichtungen beseitigen oder unschädlich machen und daß sie von ihnen Informationen über deren Lage erhalten. Zugunsten der anderen Missionen besteht nur eine eingeschränkte Pflicht, über sicheren Zugang zu einem für die Erfüllung ihrer Funktionen wichtigen Ort zu informieren.

Das Recht des VN-Sicherheitsrates, im Rahmen von Mandaten einen höheren Schutzstandard für Truppen ohne VN-Kommando festzulegen, bleibt unberührt. Der Schutz ist nur zu gewähren, wenn die Missionen – mit Ausnahme der VN-Truppen und -Missionen im Sinne des Absatzes 2 Buchstabe a Nr. 1 – mit der Zustimmung der Vertragspartei stattfinden, auf deren Gebiet die jeweiligen Funktionen ausgeübt werden.

Artikel 13

36. Das Ziel der Bundesregierung, einen wirksamen Überprüfungsmechanismus zur Abschreckung und Ahndung von Verstößen gegen das Minenprotokoll zu schaffen, konnte mit der letztlich vereinbarten Regelung des Artikel 13 wegen des massiven Widerstandes einiger Staaten nicht verwirklicht werden. Infolgedessen besteht nach dem revidierten Protokoll II keine Möglichkeit zur Untersuchung von einzelnen Vertragsverletzungen und zur Durchführung von Missionen zur Tatsachenermittlung. Der neu eingefügte Artikel 13 stellt dennoch mit seinen Konsultations- und Kooperationspflichten (Absatz 1) sowie einer jährlichen Berichtspflicht (Absatz 4) zumindest

einen wesentlichen Schritt zur Vertrauensbildung zwischen den Vertragsparteien dar.

Die Konsultations- und Kooperationspflicht besteht im Hinblick auf die Wirkungsweise des Protokolls (Implementierung, Anwendung). Zu diesem Zweck wird jährlich eine Konferenz der Vertragsstaaten durchgeführt. Die Arbeit der Konferenz umfaßt nach Absatz 3 u. a.

- die Wirkungsweise und den Stand der Umsetzung des Protokolls,
- die Beratung über die nach Absatz 4 von den Vertragsparteien anzufertigenden Jahresberichte,
- die Vorbereitung weiterer Überprüfungskonferenzen und
- neue technische Entwicklungen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den unterschiedslosen Wirkungen von Landminen.

Auf Initiative Deutschlands konnte eine mandatorische jährliche Berichtspflicht durchgesetzt werden. Die Berichte müssen im Vorfeld der jährlichen Konferenzen erstellt und an die anderen Vertragsparteien weitergeleitet werden. Sie sollen die folgenden Angelegenheiten zum Gegenstand haben:

- Verbreitung der Kenntnisse des Protokolls in den Streitkräften und in der Zivilbevölkerung,
- Minenräumung und Rehabilitationsprogramme,
- Maßnahmen und Informationen zum Erreichen der neuen technischen Standards,
- Gesetzgebungsmaßnahmen mit Blick auf das Protokoll,
- Maßnahmen im Rahmen der internationalen technischen Zusammenarbeit und
- andere relevante Angelegenheiten zur Wirkungsweise des Protokolls.

Artikel 14

37. Artikel 14 betrifft die Verhinderung und Unterbindung von Verletzungen des revidierten Minenprotokolls durch Personen oder in Gebieten, die der Gerichtsbarkeit oder Kontrolle einer Vertragspartei unterstehen, und überläßt die Auswahl der angemessenen Maßnahmen sowie die Durchsetzung den Vertragsparteien selbst (Absatz 1). Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, Handlungen von Personen, die gegen die Bestimmungen des Protokolls verstoßen und dabei Zivilpersonen vorsätzlich töten oder schwere Verletzungen verursachen, mit Strafe zu bedrohen und die Täter vor Gericht zu bringen (Absatz 2). Im Gegensatz zu Absatz 1 ist Absatz 2 auf Handlungen im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt beschränkt. Dazu zählen nicht nur Vertragsverstöße beim unmittelbaren Waffeneinsatz während der Feindseligkeiten, sondern möglicherweise auch vorsätzlich unternommene Räummaßnahmen, die zu Todesfällen und Verletzungen zu einem späteren Zeitpunkt führen.

Die Möglichkeit, den Täter zur Aburteilung auszuliefern, ist anders als in den Genfer Abkommen nicht vorgesehen. Ein lange Zeit vorgesehener Verweis auf die in diesen Verträgen niedergelegten Vorschriften über schwere Vertragsverletzungen wurde mit Blick auf die Anwendbarkeit in nicht-internationalen be-

waffneten Konflikten in der Endphase der Konferenz fallengelassen. Diese Änderungen haben indessen keine Auswirkungen auf die Auslegung weitergehender Vorschriften über schwere Vertragsverletzungen in den Genfer Abkommen und im ZP I, soweit sie über Artikel 14 Minenprotokoll hinausgehen und auf den Einsatz von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen anwendbar sind. Dies stellt der in der Abschlusserklärung der Überprüfungskonferenz ausdrücklich bestätigte Artikel 2 des Rahmenübereinkommens klar, der ein Zurückbleiben hinter anderen anwendbaren Vorschriften des humanitären Völkerrechts ausschließt.

38. Den Anforderungen des Absatzes 2 genügt bereits das geltende deutsche Strafrecht. Die Verletzung und Tötung von Menschen ist in den §§ 223ff. und 211ff. unter Strafe gestellt. Die Bestrafung unabhängig vom Tatort und von der Nationalität des Täters (Weltrechtsprinzip) wird durch § 6 Nr. 9 StGB gewährleistet. Für die Unterbindung anderer Verletzungen, die nicht zu den genannten Folgen führen, kommen strafrechtliche, disziplinarrechtliche oder administrative Maßnahmen in Betracht.
39. Über Artikel 6 des Rahmenübereinkommens hinaus müssen die Vertragsparteien die Voraussetzungen – z. B. durch militärische Dienstweisungen – schaffen, daß die Angehörigen der Streitkräfte entsprechend ihren Aufgaben die nötige Ausbildung erhalten, die sie in die Lage versetzt, die Vorschriften des Minenprotokolls einzuhalten (Artikel 14 Abs. 3). In bezug auf Fragen zur Interpretation und Anwendung der Protokollbestimmungen werden die Vertragsparteien zu Konsultationen und zur Kooperation aufgefordert (Absatz 4). Ein bestimmtes Verfahren hierzu ist nicht vorgegeben worden.

C. Laserwaffenprotokoll

1. Seit dem Ende der 80er Jahre wird das Problem der Laserblendwaffen national und international diskutiert. Schweden und die Schweiz initiierten bei der Internationalen Rotkreuz-Konferenz 1986 erste Bemühungen, eine vertragliche Regelung in diesem Bereich zu erzielen. Das IKRK organisierte als Reaktion auf verschiedene Berichte über Entwicklungen von Waffen, die eine dauerhafte und irreparable Erblindung verursachen können, in der Zeit von 1989–1991 vier Expertentreffen und ein weiteres 1994. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Laser niedriger Energie, die innerhalb der für die Netzhaut des Auges gefährlichen Wellenlänge arbeiten und damit gegen Personen eingesetzt werden können, um das Sehvermögen zu schädigen. Ein effektiver Schutz gegen den Einsatz von Gefechtsfeldlasern, z. B. mit Filtern, ist wegen der Möglichkeit, daß Laser mit einer großen Bandbreite verschiedener Wellenlängen operieren, nicht möglich, ohne daß es zu militärisch nicht vertretbaren Sichtbehinderungen oder Augenermüdungen kommt. Drei militärische Lasersysteme können im Hinblick auf die Vorschriften von Protokoll IV (Laserwaffenprotokoll) grob unterschieden werden: Laser zur Zielerfassung, Zielbeleuchtung und Entfernungsmessung, materialbekämpfende Laser sowie personenbekämpfende Laser. Während die ersten beiden Kategorien zu Erblindungen als Nebenwirkung ihres Einsatzes

führen können, ist diese Wirkung bei der dritten Kategorie intendiert. Auf eine mögliche Verwendung von personenbekämpfenden Lasern in zukünftigen bewaffneten Konflikten konzentrierte sich infolgedessen die Verbotsdiskussion. Materialbekämpfende Laser werden jedoch auch zum Angriff gegen optische Systeme, z. B. Sensoren, verwendet. Bedenken wurden in diesem Anwendungsfeld hinsichtlich eines Einsatzes gegen optische Geräte mit unter Umständen vergrößernder Wirkung geäußert, durch die Personen direkt sehen. Der Laserstrahl wird in diesen Fällen durch das System, z. B. ein Fernglas, verstärkt und verursacht dadurch noch größere Schädigungen des Auges. Primäres Angriffsziel ist auch hier das optische System und nicht die bedienende Person, so daß diese Laser keine personenbekämpfenden Waffen sind.

2. Mit dem Laserwaffenprotokoll wurde die erste spezielle vertragliche Regelung über den militärischen Einsatz von Laserwaffen und Lasersystemen vereinbart. Mit der Annahme des Laserwaffenprotokolls wurde zum ersten Mal seit dem Verbot der Verwendung von Explosivgeschossen 1868 eine militärische Waffe verboten, bevor sie im Gefechtsfeld eingesetzt wurde. Zugleich konnte ein korrespondierendes uneingeschränktes Transferverbot erreicht werden, das eine Proliferation der Waffen ausschließt.
3. Das vor allem vom IKRK, Schweden und Deutschland betriebene Laserwaffenprotokoll wurde auf der ersten Sitzung der Überprüfungskonferenz ausgearbeitet und formell am 13. Oktober 1995 im Konsens als Protokoll IV angenommen. Die Frage des Anwendungsbereichs wurde aus dem Laserwaffenprotokoll ausgeklammert. Damit richtet sich der Anwendungsbereich allein nach Artikel 1 des Rahmenübereinkommens und umfaßt nur internationale bewaffnete Konflikte.
4. Verifikationsregelungen waren beim neuen Laserwaffenprotokoll ebenso wie beim Minenprotokoll nicht konsensfähig. Diese Frage wird nach dem Willen der Konferenz, der in der Abschlusserklärung zum Ausdruck kommt, zusammen mit anderen, noch nicht geregelten Problemen in bezug auf Herstellung und Lagerung von Laserwaffen sowie erblindende Wirkungen beim Einsatz von Lasersystemen auf der Tagesordnung einer späteren Überprüfungskonferenz stehen.

Artikel 1

5. Artikel 1 verbietet den Einsatz und den Transfer von Laserwaffen, die speziell dazu bestimmt sind, dauerhafte Erblindungen herbeizuführen. Nach dieser Formulierung ist unerheblich, ob das Blenden die einzige oder eine von mehreren Kampfaufgaben ist. Neben personenbekämpfenden Laserwaffen sind materialbekämpfende Gefechtsfeldlaserwaffen dann verboten, wenn eine ihrer Kampfaufgaben in dem Blenden von Personen besteht. Die Formulierung „to unenhanced vision“ nach „blindness“ zeigt, daß der Einsatz von Lasern gegen optische Systeme auch mit direkter Sichtverbindung nicht verboten ist. Artikel 1 erfaßt allein den Einsatz gegen das bloße oder das mit einer Sehhilfe ausgestattete Auge. Die Vorschrift schränkt in keiner Weise die Verwendung der Lasertechnologie zu medizinischen, industriellen oder zu anderen zivilen Zwecken ein.

6. Das Laserwaffenprotokoll sieht kein Verbot in dem Sinne vor, daß ein bewußter und methodischer Einsatz von gerichteter Energie gegen lebende Ziele, der zu einer permanenten Erblindung führt, als völkerrechtswidrig eingestuft wird. Statt dessen beinhaltet Artikel 1 ein Verbot bestimmter Waffen der Kriegführung. Darin ist eine konsequente Anwendung des gewohnheitsrechtlich geltenden Verbots zu sehen, Waffen einzusetzen, die überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden verursachen. Das ebenfalls gewohnheitsrechtlich geltende korrespondierende Verbot für Methoden der Kriegführung wurde im Zusammenhang mit der Lasertechnologie hingegen nicht vertraglich konkretisiert.

7. Das Einsatzverbot wird um ein absolutes Transferverbot für diese Waffen ergänzt. Die Vertragsstaaten werden verpflichtet, die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr zukünftig zu unterbinden und keine entsprechenden Genehmigungen mehr zu erteilen. Das von der Bundesrepublik Deutschland angestrebte Produktions- und Lagerungsverbot konnte nicht erreicht werden. Die Bundesregierung bereitet derzeit Maßnahmen vor, mit denen das Transferverbot innerstaatlich umgesetzt wird.

Artikel 2

8. Artikel 2 verpflichtet die Vertragsstaaten, alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um das Erblinden als Nebenwirkung des Einsatzes von Lasersystemen zu verhindern. Dies betrifft vor allem die Verwendung von Lasern z. B. als Entfernungsmesser und Zielerfassungsmittel, die auf Wellenlängen innerhalb des Gefahrenbereichs der Netzhaut arbeiten. Hier müssen besondere Vorkehrungen zum Schutz vor Erblindungen als Kollateralschäden getroffen werden. Als eine mögliche Vorsichtsmaßnahme nennt Artikel 2 Satz 2 die entsprechende Ausbildung der Streitkräfte.

Artikel 3

9. Konsequenterweise nimmt Artikel 3 deshalb zufällig oder kollateral, durch den nicht verbotenen Einsatz von Lasersystemen verursachte Erblindungen von dem Verbot nach diesem Protokoll aus. Damit bleibt die sonstige, nicht von Artikel 1 erfaßte Verwendung von Lasertechnologie in Waffensystemen, von Lasern zur Entfernungsmessung und Zielerfassung sowie materialbekämpfenden Lasern weiterhin zulässig. Darunter fällt auch die schon gängige Verwendung von Lasersystemen gegen optische Ausrüstung, z. B. gegen den Sichtblock eines Panzers. Dies gilt unabhängig davon, daß eine Erblindung von Personen, die durch die optischen Einrichtungen direkt sehen, in Kauf genommen wird. Es sind lediglich die Sorgfaltsmaßnahmen nach Artikel 2 zu beachten.

Artikel 4

10. Artikel 4 enthält für das Laserwaffenprotokoll eine spezielle Begriffsbestimmung der dauerhaften Erblindung. Darunter ist der unumkehrbare und nicht korrigierbare Verlust des Sehvermögens zu verstehen, der ohne Aussicht auf Wiederherstellung schwer behindert. Eine schwere Behinderung liegt nach der von der WHO ermittelten Arithmetik zur Bestimmung einer Erblindung bei einer an beiden Augen gemessenen Sehschärfe von weniger als 20/200 Snellen vor. Damit erfaßt die vereinbarte Definition nicht das Merkmal des eingeschränkten Sehbereichs, über das noch keine anerkannten mathematisch genauen internationalen Maßstäbe vorliegen. Im Abschlußbericht wird mit Blick auf eine präzisere Formulierung auf eine spätere Überprüfungskonferenz verwiesen.

11. Bei der Verwendung von Lasern sind grundsätzlich zwei Einsatzarten denkbar. Die eine – technisch nur schwer realisierbare – ist, den Gegner durch Lichtblitze für einige Zeit zu blenden, die andere, die Augen dauerhaft zu schädigen. Nur letzteres wird durch die Definition des Artikel 4 erfaßt.

31.01.97**Stellungnahme**
des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zum Protokoll II in der am 3. Mai 1996
geänderten Fassung und zum Protokoll IV vom 13. Oktober 1995 zum
VN-Waffenübereinkommen

Der Bundesrat hat in seiner 708. Sitzung am 31. Januar 1997 gemäß Artikel 76
Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.